

# Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf., Durch Abnahme 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postkontingent Nr. 23 885 „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Sonnabend, den 20. August 1921

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Mittelzeile ober oder unter dem Namen 0,80 Mk. oberhalb 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familienanzeigen, Verlobungs- und Heiratsanzeigen 0,40 Mk. Reklames Die Mittelzeile, 8-spaltig ober oder unter dem Namen im Text 1.- Mk.

## Beamte und Arbeiter, kämpfen zusammen!

### Zur Tagung des Bundesausschusses des Deutschen Beamtenbundes.

Am 15. August wurde die von 118 Vertretern der Beamtenschaft besuchte Bundesausschustagung des Deutschen Beamtenbundes eröffnet. Sie beschäftigte sich mit der Bewegung zur Erhöhung der Gehälter aller Beamten, die durch die rapid steigende Teuerung unbedingtd notwendig ist. Das Endresultat der Tagung ist der von der Reinerkommission vorgelegte, von der Versammlung angenommene Antrag, der die Forderungen der Beamtenschaft, wie sie an die Reichsregierung gestellt werden sollen, formuliert. Diese lauten:

1. Gewährung eines gleichen laufenden Teuerungszuschlages von 5000 M. jährlich für alle Beamten, einschließlich der Diätäre vom 1. Juli 1921 ab unter entsprechender Aufbesserung der Bezüge der Pensionäre und Hinterbliebenen, sowie der im Vorbereitungsdienst befindlichen Anwärter.

2. Gleichzeitige Befestigung der Staffelung der Teuerungszuschläge, einschließlich derjenigen zu den Kinderzuschlägen nach Ordinalklassen durch Festsetzung des allgemeinen Teuerungszuschlages auf 20 v. H. und des Teuerungszuschlages zu den Kinderzuschlägen auf 200 v. H.

3. Einleitung der gesetzgeberischen Vorarbeiten zur Umwandlung des Teuerungszuschlages von 5000 M. in Grundgehalt.

4. Zur dauernden Gesundung des Besoldungswesens muß ein den Verhältnissen entsprechender einwandfreier Maßstab zur Anpassung des Beamteneinkommens an die gestiegene Kaufkraft des Geldes ermittelt und jeweils rechtzeitig angewandt werden.

Diese Forderungen sind keineswegs übertrieben. Zu begründen ist es, daß die ungerechte Staffelung der Teuerungszuschläge und Kinderzulagen beseitigt werden soll. Die Einkünfte zwischen mittleren und unteren Beamten, die ja die Hauptmasse bilden, wird dadurch gestärkt werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Leitung des Deutschen Beamtenbundes die kommenden Kämpfe energisch genug führen wird; bis jetzt ist der Standpunkt des sogenannten „neutralen“ Beamtenbundes durchaus gesund. Er sagt: „Die Kaufkraft des Geldes ist gesunken, infolgedessen müssen die Gehälter der Beamten in Uebereinstimmung mit dem Existenzminimum gebracht werden. Möge sich die Reichsregierung als Sachwalterin der kapitalistischen Ausbeuterklasse die nötigen Summen von denen geben lassen, die jetzt das deutsche Proletariat auf das schamloseste ausplündern.“

Beschämend war es, daß auf dieser Tagung der „neutrale“ Beamtenbund sich zu wehren hatte gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsführer des DGB. und des Deutschen Verkehrsverbundes. Dr. Böcker führte in seinem Referat auf der Tagung aus:

„Bei den Verhandlungen der Gewerkschaftsführer der Arbeiter mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes

erklärten sich die Arbeitervertreter gegen eine Erhöhung der Grundgehälter der Beamten, weil sie dann zu einer Erhöhung der Grundlöhne genötigt wären, was die sofort kaum mögliche Kürzung der zahlreichen Tarifverträge notwendig machen würde. Die Arbeitervertreter schlugen daher eine pensionsfähige besondere Zulage vor und wollten die ganze Aktion in mehrere Stappen teilen, um nicht sofort unverhältnismäßig hohe Beträge verlangen zu müssen. Um insbesondere die Aufbesserung der Bezüge für Diätäre und Pensionäre, die außerordentlich dringend ist, nicht zu gefährden, folgten die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes schließlich diesem Vorschlag. Zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten kam es dann bei der Höhe der Forderungen, die zu stellen seien. Nach den sehr gründlichen Berechnungen des Deutschen Beamtenbundes müßte eine Ausgleichsforderung von 5000 M. erhoben werden, die mit 70 Prozent Teuerungszuschlag den Betrag von 8500 M. ergibt. Zur Einteilung dieser Gesamtforderung in mehrere Stappen war der Deutsche Beamtenbund sofort bereit, aber den Vorschlag von den Arbeitern zu hören, daß diese Forderungen übertrieben und maßlos wären, darauf waren die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes nicht gefaßt. Sie haben sich in die Forderungen der Arbeiterschaft überhaupt nicht eingemischt, sondern die Unterstützung dieser Forderungen ihrerseits ohne weiteres zugesagt — aber sich von freiwilligen Regierungskommissaren, als die sich die Arbeitervertreter darstellten, vorschreiben zu lassen, was für die Beamtenschaft erforderlich ist, das konnte kein Vertreter des Deutschen Beamtenbundes zugeben.“

Diese Ausführungen sind eine Beschämung für jeden ehrlichen, revolutionär denkenden Arbeiter. Mit blutendem Herzen, mit Ingrimm muß er zusehen, wie die Amsterdamer Gewerkschaftsführer, die in seinem Namen sprechen, die Beamten von höheren Forderungen abhalten wollen, damit nicht die Löhne der Arbeiter erhöht zu werden brauchen. Wird jetzt die Arbeiterschaft endlich einsehen, wozu die Amsterdamer Methoden führen und diese freiwilligen Regierungskommissare zum Teufel jagen?

Auf der Tagung ist die endgültige, organisatorische Vereinigung des Deutschen Beamtenbundes mit dem ADGB. verschoben worden. Schuld an dieser Hinauszögerung trifft einzig und allein die unfähigen bornierten Führer des ADGB.

Die Arbeiter, Eisenbahner, Angestellten und Beamten müssen aber in jedem Falle für die eingeleitete Lohnbewegung eine Kampfgemeinschaft bilden. Keine Kategorie darf mit dem Gedanken spielen, auf Kosten der anderen mehr erzielen zu wollen.

Der Klassenstaat wird bei der geringsten Schwäche, die die Uneinigkeit bringen würde, rücksichtslos alle zusammen niederschlagen. Für Beamte, Angestellte und Arbeiter gibt es nur eine Parole:

**Gemeinsame Ziele, christliche Kampfgenossenschaft bis zum Sieg!**

## Kampf gegen die Regierung.

Die Löhne der deutschen Arbeiter betragen heute schon ein Fünftel bis ein Zehntel der Löhne der amerikanischen Arbeiter. Sie betragen nur einen Bruchteil der englischen, französischen oder belgischen Löhne, sie sind kleiner selbst als die japanischen Löhne. Da die Lebensmittelpreise in Deutschland heute schon zum Teil über den Weltmarktpreisen stehen, zum anderen Teil sich den Weltmarktpreisen rapid angleichen, so ergibt sich daraus, daß das Verhältnis zwischen dem Reallohn der deutschen Arbeiter und dem der ausländischen ein noch trasseres ist.

Die Nominallöhne schauen folgendermaßen aus: Nach der „Industrie- und Handelszeitung“ hat ein Komitee des Parlaments der Vereinigten Staaten Nordamerikas eine Zusammenstellung über die in der Textilindustrie gezahlten Löhne herausgegeben, geordnet nach den verschiedenen Industriezweigen und Hauptproduktionsländern.

Löhne in Dollars.			
	Baumwollweberien	Wollweberien	Wollweberien
Nordamerika	20,80	39,33	38,98
England	12,39	15,58	17,70
Belgien	12,29	9,54	9,63
Frankreich	9,12	12,9	—
Italien	5,14	—	—
Japan	4,56	—	—
Deutschland	4,35	4,74	4,35

Der deutsche Industriearbeiter steht noch unter dem japanischen Arbeiter. Er wird am meisten ausgebeutet. Daß die deutschen Landarbeiter noch schlechter bezahlt werden, ist allgemein bekannt.

Nun geht die Regierung daran, die heutige Lebenshaltung der deutschen Arbeiter weiter herabzusetzen. Die allgemeine Umsatzsteuer soll jeden einzelnen Bedarfsgegenstand versteuern. Die Kohlensteuer wirkt ebenso. Den Großagrariern läßt die Regierung freie Hand, die Preise des Getreides, des Brotes, kurz aller landwirtschaftlichen Produkte, in die Höhe zu treiben. Durch die Planlosigkeit der Wirtschaft müssen die Preise von Fleisch nach kurzer Zeit rapid in die Höhe gehen. Gas, elektrischer Strom soll natürlich, da die Kohle verteuert wird, ebenfalls verteuert werden. Auf Kaffee, Tee, Kakao sind ungeheure Einfuhrzölle gelegt worden. Diese neuen Steuern auf Kaffee allein sollen 32,5 Millionen, für Tee und Kakao 11,9 Millionen Goldmark einbringen. Die Regierung brachte nach alter Schwindelmethode die Meldung von der Erhöhung der Einfuhrzölle für diese Lebensmittel mitten unter der Meldung der Follerhöhung für die Einfuhr von Datteln, Bananen, Parfüms, Seibengespinnsten usw., wodurch sie den Eindruck erwecken wollte, als ob es sich hier um eine Luxussteuer handeln würde. Nun wird gemeldet, daß die Einfuhrzölle auf alle anderen Gegenstände, vorwiegend Luxuswaren, zusammen 15 Millionen Goldmark ergeben sollen. Eine Korrespondenz rät den Hausfrauen, die Erzeugnisse wieder mehr heranzuziehen als bisher.

Dazu kommt folgendes: Trotz aller beachteten Ausbreitung der Arbeiter bis zum Weißbluten ist das Defizit des Staatshaushalts noch immer nicht gedeckt. Die Rotationsspreßerei soll wieder in beschleunigtem Tempo arbeiten, ein neuer Papiergeldstrom soll sich über das Land ergießen und so die Preise aller Waren, wie wir es seit 1914 fortwährend erlebt haben, in die Höhe treiben.

Durch die Inflation fällt der Preis der Mark im Ausland täglich, muß noch weiter fallen, so daß die eingeführten Produkte — und Deutschland ist heute gezwungen, ungeheuer viel Lebensmittel einzuführen — ebenfalls viel teurer zu stehen kommen werden.

Zu allem hat das Fallen der Preise im Ausland ein Ende genommen. Die Preise der Waren in Amerika und England bewegen sich wieder in die Höhe, und da die deutschen Preise sich den Weltmarktpreisen, soweit sie nicht schon überschritten haben, sehr schnell nähern, wirkt auch dieser Umstand verteuend auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Die Regierung betrübt die Arbeiter über die ungeheuren indirekten Steuern damit, daß sie ihnen erzählt, sie handle nach den Grundsätzen einer „ausgleichenden Gerechtigkeit“, denn ebensobald wie die indirekten, sollen auch die direkten Steuern einbringen. Dabei verschweigt sie aber, daß heute zwei Drittel der direkten Steuern ebenfalls die Arbeiter einzubringen haben und zwar durch das empörende Lohnsteuergefes. Als auch von den direkten Steuern wird ein ganz großer Teil von den Arbeitern aufgebracht, und die „ausgleichende Gerechtigkeit“ besteht darin, daß zu den indirekten Steuern die Arbeiter noch direkt aufgewälzt bekommen. Dafür wird aber die Bourgeoisie um so sanfter behandelt. Die Regierung sprach lang und breit über das Vermögenszuwachssteuergefes. Nun rückt sie mit der Nachricht heraus, daß die erste Veranlagung für diese Steuer nicht vor 1926 erfolgen soll. So wie dieses Gefes, demzufolge die Besizenden nach 1926 herangezogen werden sollen, schauen auch die anderen Vermögenssteuergefese aus. Die Regierung erklärt zwar, daß sie an ihnen noch weiter arbeite, aber im großen und

## Streiks und Aussperrungen.

**Kürschner-Streit in Hamburg.** Nachdem es trotz langer Verhandlungen nicht möglich war, zu einer Einigung über die geforderten Lohnerhöhungen zu kommen, sind die gesamten Hamburger Kürschner in den Ausstand getreten. Der Demobilisierungsausschuß hatte nach viertwöchentlicher Bedenkzeit ein Eingreifen abgelehnt.

**Die Lohnbewegung der Handlungsgewerbe-Arbeiter.** Die Hamburger gewerblichen Handlungsangestellten beschloßen, die Löhne zum 31. August zu kündigen und reichsten erhebliche Lohnerhöhungen für die Grundgehälter ein.

**Kämpfe in der Stettiner Holzindustrie.** Die Arbeiter der Stettiner Tischlereibetriebe hatten Lohnforderungen eingereicht. In einer Versammlung wurde eine Resolution beschloßen, in der es heißt: „Sollte bis zum Dienstag, den 16. d. Mts., keine zugehörige Antwort vorliegen, so wird die Versammlung der Mitglieder am Dienstagabend zu einem evtl. Streik Stellung nehmen.“ Eine am Donnerstag stattgefundene Versammlung der in den Stettiner Sägereibetrieben Beschäftigten beschloß fast einstimmig, am Freitagmorgen die Arbeit einzustellen. Der Schlichtungsausschuß hatte verlangt, bis zum 22. August alle Forderungen zurückzuziehen.

**Ausstand in den Saunverischen Kalfwerken.** Die Belegschaft der Kalfwerke Siegfried 1 und 2 in Vogelbeek, Kreis Kottbus, ist am 11. d. Mts. in den Streik getreten. Die Verleitung hat demzufolge die ganze Belegschaft auf Anweisung der Generaldirektion gekündigt.

**Bällige Einstellung der Glasindustrie im Thüringer Wald.** Der Kampf der Glasarbeiter im Thüringer Wald geht mit unerbittlicher Kraft weiter. Die Industriellen haben durch die Lösung von über 17 Forderungen zu erkennen gegeben, daß sie mit einer monatelangen Einstellung der Glasindustrie überhaupt rechnen, um so die Arbeiterschaft niederschlagen zu können.

**Die Zementindustrie Oppels vor dem Kampf.** Eine Betriebsräte-Konferenz der Oppelner Zementindustrie hatte beschloßen, eine einmältige Betriebsbeihilfe für jeden Arbeiter

und Angestellten 1000 Mark, für die Ehefrau 500 Mark und für jedes Kind 100 Mark zu fordern. Ein Unternehmer bot daraufhin eine Stundenlohnsteigerung von 10 Pfennig an. Die Belegschaftsversammlung lehnte das Angebot ab und forderte die Arbeiterschaft der Betriebsräte auf, an den angestellten Forderungen festzuhalten, um sie wirklich durchzuführen.

## Großer Streik in der nordfranzösischen Textilindustrie.

(G.) Paris, den 17. August. Der Streik in der nordfranzösischen Textilindustrie wurde heute in Roubaix, Tourcoing und Umgebung allgemein. In Tourcoing stehen 165 Fabriken mit 28500 Arbeitern still, in Roubaix 110 Fabriken vollständig, 50 teilweise, 25000 Arbeiter sind erwerbslos, in Halluin 20 Fabriken mit 2000 Arbeitern, in Wattrelos 10 Fabriken mit 2000 Arbeitern. Um 10.30 Uhr vormittags fanden in Roubaix und Tourcoing Arbeiterumzüge statt. Es ereignete sich keinerlei Zwischenfall.

## Generallstreik in Lille.

Paris, 18. August. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Lille ist in der Textil-Industrie der Generallstreik ausgebrochen. Der Generallstreik-Parole seien von 62 000 Arbeitern 54 000 gefolgt.

## Arbeitslosenmarchen in England.

London, 18. August. Renner berichtet: In Sheffield zogen 8000 Mann, die eine Arbeitslosenversammlung besucht hatten, vor das Rathaus und versuchten, es zu kirmen. Die Polizei zerstreute die Menge mit Gummiknüppeln. Fünf Verhaftungen wurden vorgenommen.

## Kriegsbeere der amerikanischen Arbeitslosen.

(G.) Washington, 17. August. Der Staatssekretär für öffentliche Arbeiten, James Davis, erklärte gestern im Senat, daß gegenwärtig in den Vereinigten Staaten im ganzen 5 735 000 Arbeitslose vorhanden seien.

ganzen seien die Steuererhöhungen schon zu einem gewissen Abschluss gebracht.

Die auf der äußersten Rechten stehende bürgerliche Nabaupresse schlägt zwar Lärm über den Steuerbolschewismus Wirths, die Presse der Großindustrie aber erklärt sich mit den Entwürfen im großen und ganzen einverstanden. Ein Teil der bürgerlichen Presse, wie die "Frankfurter Zeitung", nimmt sogar gegen die Entwürfe Stellung, weil sie die Arbeiter zu sehr, die Besitzenden zu wenig belasten.

Die Unabhängigen, die den ernsthaften Willen hatten, soweit als nur irgend möglich mit der Regierung zu gehen, sind jetzt gezwungen, der Regierung den Kampf anzusagen.

So sind Tausenden und Hunderttausenden erneut die Augen geöffnet worden, daß guter Wille, menschlich lautere Absichten die großen Klaffengegenstände weder aus der Welt schaffen noch überbrücken können. Daraus ist denn der Augenblick gekommen, wo die "Bewährungsfriß", die die unabhängige Sozialdemokratie dem Kabinett Wirth zur Durchführung der aus dem Ultimatum sich ergebenden Aufgaben gewährt hat, abläuft. Entsprechend ihrer am 4. Juni im Reichstage abgegebenen Erklärung, zunächst aus außenpolitischen Gründen die "Leiten" der Regierung abzuwarten, ihr gegenüber aber jederzeit "die Interessen des Proletariats mit aller Entschiedenheit zu vertreten", ist gegenüber den jetzigen Absichten der Regierung nur noch rätselloser Kampf in Frage kommen.

Aber sie scheitern unter gewissen Bedingungen zur Annahme der bekannt gewordenen Steuerentwürfe bereit zu sein.

Vorerst müssen deshalb die Vertretungen der Arbeiterklasse die Beratung der Steuerentwürfe, wie sie von der Regierung jetzt vorgelegt worden sind, solange ablehnen, bis die Vorlage über die Erfassung der Goldwerte hinzugezogen ist und zuerst beraten werden kann.

Vorläufig ist die U.S.P. gezwungen, der Regierung den Kampf anzusagen und mögen auch Hilferding, Crispian, Breitscheid und Lebebour und vielleicht auch Rosenfeld bereit sein, für den Fall, daß die Regierung nur die geforderten Besitzsteuern vorlegt, die indirekten Steuern und alle die Arbeiterschaft unmittelbar betreffenden Steuern anzunehmen. Die Arbeiter, gleichviel welcher Partei, können diese Steuern nicht bewilligen, weil sie sie nicht ertragen können. Sie müssen es ablehnen, sich für die kapitalistische "Wiedergutmachung" auspressen zu lassen. Umso mehr, als eine wirkliche Wiedergutmachung, selbst in der Höhe der jetzigen Forderungen der Orienten, ohne Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter möglich ist, wenn die Arbeiter sich den entscheidenden Einfluß auf ihre Durchführung sichern.

Die Herrschaftspolitik, die die U.S.P. durch das Stützen der Regierung bisher betrieben hat, jetzt die SPD weiter fort. Die SPD ist bereit, alle von der Regierung geforderten Steuern zu bewilligen, falls nur die Regierung verspricht, das 40-Milliarden-Defizit, das noch immer im Haushalt besteht, durch Besitztsteuer zu decken. Die SPD-Arbeiter folgten uns Kommunisten nicht, weil sie in uns nur Kämpfer für die Revolution sahen; sie sahen aber nicht ein, daß wir den Kampf auch für die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiter führen. Sie glaubten aber von ihrer Parteiführung noch immer, daß diese zu dem Kampf gegen die schlimmste Verelendung auf dem Boden des kapitalistischen Systems wenigstens bereit sei; jetzt aber sehen sie, daß ihre Partei auch diesen Kampf gegen die Verelendung, gegen die Besteuerung nicht aufnehmen will und sie sehen ferner, daß auch in diesen Kämpfen um die Tagesinteressen wir Kommunisten allein uns für ihre Forderungen einsetzen. Daß die SPD-Arbeiter die Notwendigkeit des Kampfes einsehen, trotz ihrer Führer, zeigt die Stellungnahme der Straßener Arbeiter.

Zu der von der SPD und U.S.P. geforderten Besitzsteuer werden wir noch Stellung nehmen. Vorläufig können wir in Uebereinstimmung mit den U.S.P. und der Mehrheit der SPD-Arbeiter feststellen: Diese Regierung muß mit allen Mitteln bekämpft werden, von einer Annahme der Steuerentwürfe kann nicht die Rede sein. Machen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit den Forderungen ihrer Straßener Genossen erst, dann können wir des Sieges nicht nur über diese Regierung, sondern auch über jede andere, die die Lebenshaltung der Arbeiterschaft bedroht, sicher sein.

### Politische Uebersicht. Vor der Völkerverhandlung.

Lloyd George hat im Unterhaus eine große Rede gehalten, in der er seine Haltung auf der Pariser Konferenz begründete. Die vorerzählten Punkte er nicht nötig; seine Ausführungen lauten fast ungenührt dem Beispiel des Unterhauses und der bürgerlichen englischen Presse. Daß Lloyd George behauptete, die Entente habe nach der Pariser Konferenz geäußert da als jemals, in nur eine diplomatische Phrase, denn keine Rede war nicht anders als eine Vorlage der auseinandergehenden Interessen Englands und Frankreichs, die wir schon des öfteren dargestellt haben. Es verlohnt sich kaum, auf die Rede des englischen Premieres näher einzugehen, da sie mit keinen Ausführungen auf der Pariser Konferenz (auch) übereinstimmt. Man kann aber der Vermutung Raum geben, daß Lloyd George sich eine Ehrernte hat, um die Entscheidung über Ober-Schlesien gegenseitig sehr weit hinauszuverlegen, wenn die allgemeine politische Entwicklung das als im Interesse Englands irgend erlöschen läßt. Darum wird die Entente hin, daß Lloyd George davon sprach, der Völkerverhandlung werde die ober-schlesische Angelegenheit einer Kommission von Juristen über einem Schiedsrichter überlassen. Zweifelslos will auch Lloyd George einen offenen Bruch mit Frankreich noch vermeiden, so lange es irgend möglich ist.

Anschließend der Rede Lloyd Georges im Unterhaus, sprachte der Anwalt, daß Italien, England und Japan im Völkerverhandlung einen freien Mod bilden werden, zeigt sich die französische Frage, auch das Regierungsorgan, der "Limes", ungenügend erregt. Lloyd George sprach in seiner Rede, daß alle im Völkerverhandlung beteiligten Mächte sich verpflichten müssen, die Entscheidung des Völkerverhandlung anzunehmen. Der "Limes" aber behauptet sich demgegenüber auf dem Stande der Völkerverhandlung, in dem es heißt, daß nur der Völkerverhandlung beizuge, der einstimmig geklärt ist. Das heißt, Frankreich hat sich nicht, das Schiedsgericht überbringt nur möglich zu werden. Die Ausführungen des "Limes" weisen ein großes Licht auf die reale Bedeutung des Völkerverhandlung, der nur noch in den Augen der politischen Staatsmänner als eine Institution mit, die wirklich die Streit-

hat, Gegenstände imperialistischer Natur aus der Welt zu schaffen. Daß das eine Illusion ist, werden die nächsten Wochen wieder zeigen.

Es ist durchaus mit einer weiteren Verschleppung der ober-schlesischen Frage zu rechnen. Eine neuerliche Vertagung dieses Problems durch den Völkerverhandlung wird auch das Verede Dr. Wirths nicht verhindern können. Das "Weltgewissen" hat mit der ober-schlesischen Frage nichts zu tun. Das ober-schlesische Industriegebiet ist ein Spielball imperialistischer Interessen, und die Völkerverhandlung in Paris wird eine ähnliche Komödie sein, wie die Pariser Konferenz.

(G.L.) Paris, den 17. August.  
Der "Limes" wendet sich heute gegen die von Lloyd George in der Unterhausrede begründete Anschauung, daß der Völkerverhandlung das Recht hätte, irgendein Tribunal einzusetzen, um die ober-schlesische Frage zu entscheiden. Dadurch würden die Rechte der allierten Mächte völlig preisgegeben werden.

### Eine "Verständigungsaktion" in Oberschlesien.

In Katowitz hat eine Vollversammlung der deutschen und polnischen Partei- und Gewerkschaftsführer von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten stattgefunden "zur Besprechung von Maßnahmen, die geeignet sind, innerhalb der Bevölkerung Oberschlesiens ein friedliches Verhältnis anzubahnen." Es wurde beschlossen, deutsche und polnische Auftritte mit übereinstimmendem Inhalt zu veröffentlichen, die die Notwendigkeit der Ueberwindung der nationalen Gegensätze erklären und jede gewalttätige Lösung der ober-schlesischen Frage ablehnen sollen. Zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung sollen paritätische Ausschüsse gebildet werden.

Diese Bewegung geht von jenen aus, die noch vor kurzem haben und drüben den Aufruhr geführt oder unterstützt und die wüßtesten nationalistische Hege betrieben haben. Sie ist nicht weiter als das Eingeständnis des Unvermögens, sowohl der deutschen wie der polnischen Bourgeoisie, die ober-schlesische Frage selbständig zu lösen. Die Unvernünftigkeit tritt grell in der Entscheidung in dem Augenblick, da die Gegensätze zwischen Frankreich und England sich die Wage halten. Den deutschen und den polnischen Hegeern bleibt jetzt nichts anderes übrig, als die Friedenschalmei zu blasen und dafür zu sorgen, daß ihnen die Bewegung der ober-schlesischen Arbeiter für ihre eigenen Ziele nicht über den Kopf wächst. Das dürfte der eigentliche Zweck der Ausschüsse, für die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung sein.

Dauernd verständigen werden sich die deutschen und polnischen Bourgeoisien über Oberschlesien ebenso wenig wie die englische und französische Bourgeoisie. Daß die polnischen Imperialisten das ganze ober-schlesische Industriegebiet beanspruchen und unter Umständen auch ohne die Einwilligung Frankreichs vorgehen werden, ist allbekannt. Und der Reichskanzler Wirth hat eben erst wieder ein Interdikt über die ober-schlesische Frage gegeben, das die Zuteilung ganz Oberschlesiens an Deutschland als unanfechtbaren Rechtsanspruch anpreist.

Die Verständigung der Kapitalisten ist stets nur die Atempause, in der zu neuen Kämpfen gerüstet wird.

### Die Agrarier drohen mit Produktionsabotgabe.

Es meldet von einer Besprechung des Steueranschlusses der Landwirte, bei der folgende Entschliessung angenommen wurde, die wir gekürzt bringen:

Die neuen Steuererhöhungen, die die Regierung dem Reichswirtschaftsrath vorgelegt hat, haben, soweit sie die Besteuerung von Besitz und Vermögen betreffen, zwar davon abgesehen, den Begriff des sogenannten "Goldwertes" der Besteuerung zugrunde zu legen. Auf die Mäßigkeit der Vorkaufnahme dieser Absicht weisen aber die Schlussbemerkungen der amtlichen Preisveröffentlichungen hin. Die Landwirtschaft weiß demgegenüber noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß jeder Versuch, einen solchen in der Landwirtschaft nicht mehr vorhandenen Goldwert zur Grundlage von Steuerberechnungen zu machen, unbedingt abzulehnen ist. Der unerbittliche Sozialisierungsversuch der sogenannten "Erfassung der Goldwerte" im Wege der Eintragung einer Zwangsgrundschuld zugunsten des Reiches kann überhaupt nicht ernsthaft zur Erörterung gestellt werden, da nur die sofortige Veräußerung dieser Besitztümer an das Ausland dem Reiche flüssige Geldmittel verschaffen könnte. Ebenso ist der verabschiedete Versuch, statt des Begriffes "Goldwert" den Begriff eines lediglich der Selbstverwertung angepaßten "Sachwertes" einzusetzen, abzulehnen.

In diesem Falle will die Regierung bei den vorliegenden Vermögensveränderungen den landwirtschaftlichen Grundbesitz nach dem gemeinen Werte besteuern. Diese Forderung widerspricht dem Wesen und der Zweckbestimmung des landwirtschaftlichen Betriebes und führt zur ungenügenden Ueberlastung der Landwirtschaft (!) Die allein für diese ertüchtliche Bewertung ist die in den §§ 152 Abs. 2 und 159 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung festgelegte Bewertung nach dem Ertragswert bzw. nach dem Anschaffungswert für das Betriebesvermögen der Pächter. Die Landwirtschaft fordert, daß diese Grundzüge auch künftig die alleinige Unterlage für ihre Besteuerung zur Steuer bilden.

Grundbesitz und Betriebskapital werden durch die Ertragsmindernde der Länder und Kommunen, die die auf dem Steuerobjekt lastenden Schulden nicht berücksichtigen, bereits auf das Äußerste belastet, so daß ein noch stärkerer Druck auf das Betriebs- und Grundvermögen zur Extensivierung des Betriebes und zur Verminderung der Produktion führen muß, denn die Intensivierung einer Wirtschaft wird in erster Linie mit durch die Größe des zur Verfügung stehenden Betriebskapitals bestimmt.

Die Großagrarier drohen also ganz offen mit der Verminderung der Produktion, der Extensivierung der Landwirtschaft, also mit der Fortsetzung jener Anheuerungspolitik an den arbeitenden Massen, die sie bisher mit der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft begründeten. Es ist also zweifellos, daß selbst dann, wenn im Reichstag eine ernsthafte Besteuerung des Großgrundbesitzes in Form einer wirklichen Erfassung der Sachwerte beschlossen werden sollte, die Großagrarier alle Mittel der Produktionsabotgabe und der Steuerflucht anwenden werden, um sich den Leistungen zu entziehen oder sie auf die arbeitenden Massen abzumwälzen. Der Steuerhinterlaß der großen Pächter ist nur begründbar, wenn die Arbeiter selbst die Produktion und die Besteuerung hinterlassen, und die Macht dazu werden sie sich nur außerparlamentarisch erkämpfen können.

Nach sagt sich nicht!  
(G.L.) München, 18. August.  
Zu der Meldung, daß das Reichsernährungsministerium auf das Einbringen der herkömmlichen Regierung am An-

wendung der im § 42 der Reichsgetreideverordnung dem Reichsernährungsminister eingeräumten Befugnisse einen abschneidenden Bescheid erteilt habe, wird von amtlicher bayerischer Stelle erklärt: Es ist richtig, daß eine Antwort der Reichsregierung in diesem Sinne ergangen ist. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Erst von dem Ausgang der Verhandlungen wird es abhängen, ob die Reichsregierung ihre bisherige Stellungnahme ändert, oder ob die bayerische Regierung genötigt ist, von sich aus Maßnahmen zu treffen.

### Nationalistische Provokationen überall.

Aus Stettin wird gemeldet:  
Große antirepublikanische Demonstrationen sind für den 3. und 4. September vom "Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, geplant. In einem Rundschreiben heißt es: "Alles, was deutsch denkt, fühlt und auch handeln möchte, gehört an dem Tag auf den Feldplatz... Die geplante Flaggenumgebung muß unbedingt werden, jeder Folge deswegen auch für reichen Flaggenstumpf in den Straßen, an den Häusern."

Aus Lübeck wird uns gemeldet:

Am Sonntag hatte die KPD aus Anlaß der Lagung des deutschen Kriegerbundes, einer provozierenden monarchistischen Kundgebung, zu einer Protestversammlung gegen Orgeß und Reaktion aufgerufen, an der sich etwa 2000 Personen beteiligten. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen von der Jugend eine schwarz-weiß-rote Fahne erbeutet und die patriotischen Helmen verprügelt wurden. (Bravo, ihr Jugendgenossen!) Als die Helmen des Kriegerbundes am Morgen vorher zum Bismarckdenkmal wallfahrtes, mußten sie mit langen Gesichtsnetzen festgehalten, daß ihr Hero in knallrottem Anstrich erglänzte (vor Scham!).

Die deutsche Orgeßrepublik erlebt seit Monaten allenthalben riesige nationalistische Paraden. Bis zum letzten Kriegerverein und patriotischen Rauch- und Regellub wird alles mobilisiert und zum Zwecke nationalistischer Demonstrationen auf die Beine gebracht. Die Kontrevolution appelliert prächtig an die Instinkte des hurrapatriotischen Bürgerpöbels. Was hat die Arbeiterschaft zu tun? Soll sie ruhig die Orgeßprovokationen hinnehmen? Pflicht aller kommunistischen Ortsorganisationen ist es, in Falle patriotischer Demonstrationen eine geschlossene proletarische Gegenkundgebung zu veranstalten. Es muß den Orgeß- und "Stahlhelm"handiten zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, ihnen das Feld kampflos zu überlassen.

### Bayerische Uebergriffe.

Im Preussischen Landtage hat Genosse Meyer folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

Vor einigen Tagen wurde der Sekretär der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands in Essen, Ergyl, verhaftet und nach München transportiert. Die Anklagebehörde behauptet, Graul sei während der Märztagung in München als Redakteur tätig gewesen. Das kommunistische Parteiorgan war aber schon lange vor den Märztagen verboten worden. Es handelt sich also um eine böswillige Spitzelbemerkung. Graul ist seit Langem in Essen arbeitslos und hat München auch nicht vorübergehend aufgesucht.

Wird das Preussische Staatsministerium gegen diese leichtfertige Verhaftung und Verschleppung Grauls nach Bayern Protest bei der bayerischen Regierung einlegen?

### Zusammentritt des Reichstags am 6. September.

Der Reichstag wird entsprechend den Anfrähdigungen bei seinem Auseinandergehen am 6. September wieder zusammentreten. Nach Mitteilungen in der Presse scheint der Reichstagspräsident die Absicht zu haben, bei seiner Eröffnung eine Kundgebung zugunsten Oberschlesiens veranstalten zu wollen. Ueber die Form dieser Kundgebung sollen nach Besprechungen mit den Parteien stattfinden. Die Lagung des Reichstages soll möglichst mit der ersten Lesung der Steuererlagen beginnen. Sollten diese bis dahin noch nicht fertiggestellt sein, so soll zunächst die Frage der Leuerungszulagen für Beamte und Staatsangestellte behandelt werden.

### Gewerkschaftliches.

#### Stralsund vor dem Generalfreist.

Stralsund, 18. August.

Der Kampf der Transportarbeiter in Stralsund dehnt sich weiter aus und wird sich morgen wahrscheinlich zum Generalfreist ausweiten.

Eine vorläufige Verfügung vom Amtsgericht Stralsund, welche gestern veröffentlicht wurde, verbietet bei 1500 Mark Geldstrafe oder 6 Monate Haft das Streikpostenstreik.

Die hiesige Arbeiterschaft befindet sich in größter Erregung.

Vom Ortsrat der Gewerkschaften ist eine Vertrauensmänner-Versammlung einberufen worden, welche über Stralsund den Generalfreist verhängen wird, wenn bei der schwebenden Verhandlung die Verfügung nicht rückgängig gemacht wird. Da dies nicht möglich ist, ist bei der vorhandenen Kampfstimmung der Generalfreist sicher.

#### Die Bergleute stoßen zur Einheitsfront.

Eine Delegatensammlung der Zeche "Auguste Victoria" in Sülze bei Recklinghausen nahm am 11. August 1921 gegen nur zwei Stimmen folgende Resolution an:

"Die am 11. August im Gemeinde-Großhaus (Thomas) Sülze tagende Delegatensammlung der Zeche "Auguste Victoria" erhebt schriftlichen Protest gegen die Verschleppungspolitik der Gewerkschaften in der Lohnfrage. Durch das fortwährende Streiken der Preise für alle Lebensmittel und Verschleppungspolitik ist die Arbeiterschaft heute nicht in der Lage, nur das Notwendigste zu kaufen, wenn nicht sofort eine Erhöhung der Löhne eintritt. Die Gewerkschaft ist nicht gewillt, länger für diese Hungerlöhne zu arbeiten, während die Kapitalisten riesengewinnende Gewinne machen und auf Kosten der Hun-

getriebenen Arbeiterfamilien in Haus und Braut leben.

Die Belegschaft stellt deshalb folgende Forderungen und beauftragt ihre Organisationskomitee, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für diese Forderungen einzutreten:

1. Eine sofortige Lohnhöhung von 50 Prozent.
2. Abschaffung jeglicher Überarbeit und Einstellung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess.
3. Die sofortige Einberufung einer Betriebsratskommission ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit zwecks Stellungnahme zu der Lohnforderung.
4. Einführung der Schichtdienstverteilung für die Bergarbeiter.

Die Belegschaft wird sich beim Verlangen der Organisationskomitee mit ihren Kameraden aller Schichtanlagen, welche sich schon diesen Forderungen angeschlossen haben, solidarisch erklären und vor einem Kampf nicht zurückweichen, um diesen gerechten Forderungen Geltung zu verschaffen.

### Nach die Polizeibeamten stellen Gehaltsforderungen.

Dem „Hamburger Fremdenblatt“ wird geschrieben: Der Gesamt-Beamten- und Angestelltenausschuss der Polizeibehörde hat nunmehr beim Beamtensrat Hamburg beantragt, beim Senat die sofortige Auszahlung eines Vorschusses von 2000 Mark auf die zu erwartende Erhöhung der Feuerungsbezüge zu erwirken, da die wirtschaftliche Lage durch die in den letzten vierzehn Tagen weiter erfolgte Preissteigerung unerträglich geworden ist. Die Hamburgische Beamtenschaft kann mit den Angestellten nicht auf die endgültige Regelung des Reiches warten, da die Verhältnisse einer sofortigen Entspannung bedürfen und der Hamburgische Senat sich dafür ausgesprochen hat, dass eine sofortige Hilfe erforderlich ist.

Auf der letzten Tagung der Polizeibeamten in Berlin wurde eingehend darüber debattiert, ob die Polizeibeamten das Streikrecht anwenden sollen. Es wird ihnen dieser Regelung gegenüber schließend kein anderer Weg bleiben, wenn sie die Erfüllung ihrer Forderungen erreichen wollen.

### Solubewegung der Bielefelder Metallarbeiter.

Am 8. August beschlossen die Bielefelder Metallarbeiter in ihrer Generalversammlung, den Lohnsatz am kommenden Monatsanfang zu kündigen, da die wachsende Feuerung unbedeutend eine Erhöhung der Löhne nötig macht.

Die Bielefelder Metallarbeiter hatten auch gefordert, dass die Unternehmer, die anlässlich des Arbeiter-Jugendtages die Arbeiterschaft ausgesperrt hatten, die für die Aussperrungstage zurückgehaltenen Löhne auszahlen sollen. Die Verhandlungen mit dem Schlichtungsausschuss zitierten das Ergebnis, dass für Lohnarbeiter vier Stunden, für Arbeiterarbeiter fünf Stunden Tariflohn bezahlt wird. Ein sehr mageres Ergebnis, wenn man bedenkt, dass ein bis zwei Tage Lohnausfall in Frage kommen. Die Menschheitsführer sind froh, diesen „Erfolg“ buchen zu können. Nach ihren Begriffen standen die Arbeiter nicht mehr auf dem Boden des „Rechts“, als sie die republikanische und rote Fahne hielten.

### Der Eisenbahnerstreik im Kasseler Bezirk beendet.

#### Die Lehren der Bewegung.

Gestern, Mittwoch, den 17. August, haben die Eisenbahner von Cassel die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verhandlungen, die zwischen den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums, des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes stattfanden, endeten mit der Annahme der Bedingungen des Reichsverkehrsministeriums.

Die Forderungen der Eisenbahner wurden sämtlich abgelehnt, es wurde nur zugesagt, die allgemeinen Feuerungsmassnahmen zugunsten der Beamten und Arbeiter möglichst zu fördern und die Frage zu prüfen, wie bei Einführung des Gebindeverfahrens die mittelbar daran beteiligten Arbeiter zu entschädigen seien. Auch soll nach Abschluss der allgemeinen Feuerungsmassnahmen eine Prüfung der landwirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirk Kassel vorgenommen werden.

Kur weil die Spitzen der Eisenbahnergewerkschaften die Ausdehnung des Streiks auf das ganze Reich zum gegenwärtigen Zeitpunkt verweigerten und mit allem Nachdruck auf Ab-

bruch des dritten Streiks drängen und die Eisenbahner auf die kommende allgemeine Bewegung vertrösteten, sind diese mit ungeschwächtem Kampfeswillen zur Arbeit zurückgekehrt. Die Lehren des Streiks können aber so wertvoll für die kommenden Kämpfe der Eisenbahner und Beamten sein, dass sie eingehender besprochen werden müssen.

Was trieb die circa 21.000 Eisenbahner in den Streik? Die miserable Entlohnung, vor allen Dingen der Betriebs- und Oberbauarbeiter, sowie das eigenartige Verhalten eines Oberregierungsrates. Die Eisenbahner Cassels gehören in die Wirtschaftsklasse B, in der ein Handwerker im Anfang ein monatliches Einkommen von 740 M., und nach Erreichung des 24. Lebensjahres von 850 M. hat. Die Betriebs- und Oberbauarbeiter des Direktionsbezirks Cassel gehören zu 95 Prozent zu den Wirtschaftsklassen D und E und haben ein monatliches Einkommen von 400 bis 600 M. Diätäre schied man seit Jahresfrist mit monatlichen Bezügen von 600 bis 650 M. nach Hause; Schrankenwärter und stationäre Beamte zwingt man durch besondere Richtlinien zum 12stündigen täglichen Dienst, bezahlt aber nur 8 Stunden mit 70 bis 75 Prozent des Volllohnes. Das Gebindeverfahren (Mord) der Hauptwerkstätten ist zu einem Schwindelsystem ausgearbeitet. Trotz enormer Leistungen sinkt der Verlust von Tag zu Tag.

All diese Momente waren dem Eisenbahndirektor von Cassel bekannt, wurden ihm bekannt durch Berichte von Vorständen der Maschinenämter, die darauf aufmerksam machten, dass die Weiterführung des Betriebes gefährdet sei, wenn keine bessere Bezahlung eintrete.

Eingeleitete Verhandlungen scheiterten. So folgte am Sonnabend mittags die Arbeitsniederlegung und am Sonntag die Aufforderung der Eisenbahndirektion, dass die Arbeiterschaft

## Arbeiter! Genossen!

Denk daran, daß Rußland hungert und daß die deutschen Arbeiter helfen müssen!

### Opfert Euren Tagesberdienst!

Sammelt in den Betrieben und zahlt das Geld sofort auf dem nächsten Postamt auf das Postfachkonto Berlin 30439, Hugo Eberlein, Berlin-Marientorf, Ringstr. 82.

an die Dienststellen bis mittags 2 Uhr zurückzuführen habe, widerlegte sie sich als unzulässig zu betrachten habe. Die Eisenbahner standen geschlossen im Kampf und der Eisenbahndirektor appellierte an die Regierung- und Geheimräte, die dann auch, wie mit großem Brimborium berichtet wird, sich als Sühnenächter und Gepäckträger betätigten. Die Arbeiterkraft dieser hohen Herren reichte zur Betriebsaufrechterhaltung jedoch nicht aus und so sah sich die Eisenbahnverwaltung zum Appell an die Technische Rothilfe gezwungen. Die Mitglieder dieser Streikbrecherorganisation wurden mit 160 bis 170 Mark täglich bezahlt, außerdem sind denselben neue blaue Anzüge und Schuhe geliefert worden. Hatte man den Arbeitern an Lohn nur die Hälfte von dem bewilligt, was die „Technische Rothilfe“ bekommt, so wäre den Geheimräten und Regierungsräten die Blamage schlechter Arbeitsleistung erspart geblieben und die eberlinische Republik wäre behütet worden vor der Schande, daß sie am Dienstag morgen an das Zuchthaus Stralsünde um Ueberlassung von Strafgefangenen für Streikbrecherarbeit an der Eisenbahn ersuchte. Es wäre ihr weiter das große Schutzpolizeiaufgebot auf dem Bahnhof und die Bereitschaftshaltung der Schupo in der Kaserne erspart geblieben.

Die Beamten und Eisenbahner können aus diesen Einzelheiten ersehen, daß die Regierung mit allen Mitteln, Einleitung der „Technischen Rothilfe“, Gefangenearbeit usw. versuchen wird, einen Eisenbahner- und Beamtenstreik niederzuschlagen. Dies könnte sie auch, wenn nur einzelne Teile zum Kampf vorgehen würden. Freiwillig wird die Regierung nichts bewilligen, gekämpft muß werden, mögen die Arbeiter und Beamten dafür sorgen, daß es ein Massenkampf wird, an dem die elenden Mittelkassen der Ebert-Regierung täglich scheitern werden.

des Kampfers gegen die soziale Ungerechtigkeit. Es ist eine gewisse Angst vor dem furchterlich ungewissen nächsten Morgen in ihnen, die sich gegen die unerbittliche Konsequenz des wirklichen Lebens stemmt und wehrt. Im Wirbel ihrer heißen Gedanken sieht die Trostlosigkeit ihrer vier Wände. Sie sehen die hungerigen Kinder, die bittenden Augen, die zum Weinen verzogenen Mäulchen. Und dann kein Brot! Nichts, gar nichts zu beißen, und nichts auf dem Leib zum Schutz der Blöße, als Lumpen! Wo kann sich hier die Begeisterung gebären? Erst wenn sie nicht nur die graue Enge des eigenen Lebens, sondern die unglückliche, miserable Lage ihrer ganzen Klasse in ihrem Innern nachgebildet haben, werden sie zur Begeisterung reifen. Zudem haben sie schon öfter in solchen oder ähnlichen Situationen gestanden. Und man gewöhnt sich zuletzt an das Unvermeidliche. Aber welcher Mensch kann leben, wenn er nicht in seiner Sorgennacht einen Hoffnungsstimmer gewahrt! Diese Hölle muß doch einmal ein Ende haben, das ist ihr primitiver Trotz, der erwacht aus dem instinktiven Vertrauen in die urgewaltige Schöpferkraft ihrer Klasse, der sie aufricht erhält im Ringen um die nackte Existenz. Aber manchmal umwölkt sich dieser Instinkt mit kleinlicher, mühsamer Verzweiflung. Und der zeitweilige Gedanke an den Selbstmord erwacht. Der Tod erscheint süßer als das Leben. Doch der Mensch muß leben. Er kann sich nicht kampflös in die süßlose Nacht seiner Unmöglichkeit zurückdrücken lassen. Und so hier. Einer käumte sich auf und schreit:

„Der Hund! Wenn der nicht bewilligt! Mensch! Ich fesse keinen Hammer mehr an! Keinen Handschlag tu ich mehr. Fieber dreh' ich dem Laß den Hals um, als mich hier langsam zerfasern zu lassen. Das laß ich euch!“

Und ein junger Arbeiter ruft:  
„Lieber im Kampf auf der Barrikade sterben, als sich hier totzulassen lassen!“

Die Familienväter gucken schon auf den Jungen. Und denken, daß sie in demselben Alter auch so waren. Man wird älter, gefestigter. Hat Frau und Kinder. Da wird man müde. Aber letzten Endes ist man doch kein Hund. Man kann sich doch nicht treten lassen, ohreigen und ausdrücken und wieder treten lassen. Und Zorn und Trotz vertiefen sich auf ihrer Stirn.

Über eine Stunde ist der Betriebsrat schon oben bei dem Alten. Vielleicht bewilligt der Alte noch. Wie leicht ist die Jagdstätigkeit geneigt, sich die Dinge rosiger zu malen, als sie sind. Vielleicht bewilligt er doch wenigstens einen Teil der Forderung. Dann würde man darüber noch reden. Einer spricht diesen Gedanken aus. Aber der Angeredete fährt ihn an: „Du bist mir ein Trauerspiel! Noch streifen wir nicht, und du denkst schon an Kadegeden! Wir fordern nicht zu viel. Wir fordern, was wir brauchen. Und das müssen wir auch haben. Nicht weniger. Basta!“

## An die proletarischen Gemeindevertreter in Stadt und Land!

In allen Ländern hat die Hilfsaktion für Sowjetrußland eingeseht. Aber auch die Städte und Gemeinden müssen zur Hilfeleistung herangezogen werden.

Schon haben die drei sozialistischen Parteien in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf Bewilligung von 100.000 Mark eingetracht. Gleichfalls ist in Nürnberg die Bewilligung von 50.000 Mark beschlossen worden.

Wir fordern daher alle proletarischen Vertreter in den Stadt- und Gemeindeparlamenten auf, diesem Beispiel zu folgen, überall dieselben Hilfsmaßnahmen zu treffen und die Bewilligung von Mitteln durchzusetzen.

Handelt schnell! Je mehr Zeit vergeht, desto mehr Menschen rafft der Hunger dahin! Verlangt sofort von euren Gemeinden, daß sie sich ungesäumt dem Hilfswerk anschließen.

Hoch die Solidarität!  
Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.  
Anfragen sind zu richten an:

D. Gabel, Berlin C. 25, Mühlstraße 24. III.

### Proletarische Solidarität.

Die dieser Tage stattgefundenene Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Solingen) beschloß gegen eine Stimme, zugunsten der hungernden russischen Brüder und Schwestern eine Woche hindurch eine Ueberstunde zu leisten. Der finanzielle Ertrag dieser freiwilligen Mehrleistung wird reflexlos an das Hilfskomitee abgeführt.

Die Betriebsversammlung der Kesselfabrik Brand und Sohn, Dortmund, faßte einstimmig folgenden Beschluß: Eheheiratete mit 3 und mehr Kindern geben einen halben, anderen einen ganzen Tagelohn für den Hilfsfond für Sowjetrußland. Dieser Betrag wird laut Beschluß vom Lohn einbehalten, in besonderen Fällen ratenweise.

### Gemeinsame proletarische Hilfsaktion in Speyer.

Das Gewerkschaftsartell, die RABD, GBD, und UGBD, haben eine paritätisch zusammengesetzte Kommission zur Leitung der Hilfsaktion für Sowjetrußland eingeseht. In einem von den vier Organisationen unterzeichneten Aufruf wird die Arbeiterschaft Speyers zu Sammlungen aufgefordert.

Die proletarischen Organisationen Speyers haben den Weg aufgezeigt, den die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands in der Rußlandhilfe gehen muß, wenn sie der Rot in Rußland so schnell als es notwendig ist, einen Damm entgegensetzen will.

### Aufruf des UGBD zur Hilfsaktion.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in seiner am 13. und 14. August in Berlin stattgefundenen Konferenz zur Lage des durch Hunger und Seuchen aller Art in schlimmster Maße heimgegriffenen russischen und georgischen Volkes Stellung genommen. Er beschloß einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen und die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder zu beauftragen, Sammlungen einzuleiten.

In Gemäßheit dieses bereits zur allgemeinen Kenntnis gelangten Beschlusses fordern wir die Arbeiter und Angestellten Deutschlands auf, unerbüßlich mit den Sammlungen zu beteiligen.

Die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Ortskomitees des UGBD werden erucht sofort Sammelstellen an die Gewerkschaftsamtglieder herauszugeben. Die Sammlungsergebnisse sollen umgehend an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter nachstehender Adresse: Hermann Rube, Berlin SO 16, Engelhofer 24, 4 Et. oder auf Postfachkonto 7930 Postfachamt Berlin\* eingeliefert werden.

Wir fordern die Arbeiter und Angestellten auf, nach Maßgabe ihrer Kräfte sich an diesen Sammlungen zu beteiligen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

H. Reipart.

Allgemeiner freier Angestellten-Bund.  
S. H.

## Streik.

Von Hugo Miedtke.

Wie das braust und rollt und freischt und seilt! Der Boden erzittert, als pöble eine Riesenkraft unter ihm. Zuweilen schreit es auf. Laut. Heulend langgezogen. Dann folgt's wie dumpfer Fall, schwer, und wie ein Verdreheln darauf.

Doch Schlag der Glabe nicht seinen Herrn tot, der Arbeiter nicht seinen Ausbeuter. O, wirklich nicht! Sie können sich kaum verlassen, meine Herren Philosophen. Es ist so. Wir Kommunisten sind klug genug, Tatsachen als solche zu begreifen und anzuerkennen, wenn wir auch den Willen betätigen, sie zu verändern. Sie können sich bis morgen ruhig unter den sicheren Schutz Ihrer Nachtmützen hegen. Bis morgen, verfluchen Sie mich recht, bis morgen sicherlich. Noch schuften die Arbeiter und lassen sich ausbeuten, und die Aufschieber rühren nur von den Maschinen her, von den Kränen, die so ungeheure Lasten zu schleppen haben.

In dieser Fabrik arbeiten 500 mit nackten Armen und krummen Hüften. 500 abgezehrte Männer, kraftlos durch Unterernährung, verpestete Wohnung und alle Schikanen des Arbeitgebers, reihen sich auf, schwitzen in Mord für den Luxus, den Fett und den edlen Tobemann ihres gemästeten und gepflegten Brotherrn. Aber heute sind ihre Bewegungen lässig und müde. Unendlich müde und stumpf, als wollten sie viel lieber sterben wie leben. Und doch steht auf ihren Stirnen der Trotz, der Jörn in tiefen Falten, und aus ihren Augen hämmert es wie ein Gedank an Vergeltung für all das Erlittene, wie eine Hoffnung, ja Gewißheit von besserer Zukunft.

Heute wird sich's entscheiden, ob sie streiken oder nicht, ob der Unternehmer bewilligt oder nicht. Lange genug haben sie geduldet. Lange genug gearbeitet und gearbeitet und wieder gearbeitet, trotzdem ihr Stolz immer tiefer, die Luft immer dünner und dünner, zu dünn für ihre Lungen wurde.

Jetzt ist genug. Man muß leben, und dazu braucht man zumindest genug zu essen, genug, um die vom Kapitalisten ausgehende Kraft wieder aufzurichten zu können. Von den paar Groschen kann keiner leben. Kein Mensch. Und man kann doch nicht trotz aller Arbeitsamkeit verrecken. Das muß ein jeder einsehen. Jeder. Warum nicht der Alte, der Vorgesetzte! Und so sagt jeder zu dem anderen: „Er muß die Zulage bewilligen. Er kann doch nicht wollen, daß wir Elend für Elend verhungern! Aber wenn er's nicht tut ...“

„Dann müssen wir streiken. Dann hol ihn der Teufel!“ Da senken sich die Gesichter, die Augen werden dunkel.

„Natürlich müssen wir streiken. Dann gibt's keinen anderen Ausweg. Kein, keinen anderen Ausweg! Bahsthaftig, dann hol ihn der Teufel!“

Sie sagen das nicht mit Begeisterung, nicht mit dem Pathos

Er hat recht. Man hat sich den Nacken schon weidmütig lassen.

Endlich kommt der Betriebsrat zurück. Sein Schritt ist gemessen und seine Miene ernst. Alle streben zu ihm. Und hier nun, wo ein jeder den Herzschlag des andern fühlt, wo das Bewußtsein des einzelnen überfließt in Massengewalt, fällt das kleinliche Zweifeln und Zaubern ab, und man fühlt sich kraftvoll und innerlich gerüstet.

Der Betriebsrat steigt auf eine Werkbank. Sein Gesicht nimmt jetzt den Ausdruck heiterer Feierlichkeit an. Dann spricht er:

„Arbeitsgenossen! Der Chef bewilligt unsere Zulageforderung nicht. Er sagt, daß er dann Pleite machen würde. Das läge auch nicht in unserem Interesse, meint er.“

„Der Hund!“ schreit einer. „Das kennen wir.“

„Er sagt, er verstehe uns sehr wohl, aber er tue tatsächlich sein Möglichstes. Man könne doch nicht verlangen, wo er doch die ganze Sorgenlast für das Wohlergehen des Betriebs auf seinen Schultern habe, daß er nicht die Butter aufs Brot bekomme. Ich habe ihm darauf gesagt, daß wir ihm unter solchen Umständen unsere Hintertien ...“

„Sehr richtig! Bravo! Der Misthauch!“ So ruft's von allen Seiten. Verschwunden der letzte Rest von Angstlichkeit. Am Widerstande häßt sich die Kraft, zumal die der Entschloßenen.

Der Betriebsrat fährt fort: „Dann ist also der Streik Tatsache, und ich keiner dagegen?“

„Keiner!“ Massenweise bäumt sich auf.

Dann steigt noch einer von den jüngeren Arbeitern auf den Werkbank und spricht erregt. Alles in ihm ist Bewegung:

„Wir müssen streiken. Das ist wahr. Wir brauchen heute und morgen zu leben. Aber solange diese Gesellschaft von Fettsäcken und regiert und die Fabriken befüllt, werden wir immer wieder und wieder streiken müssen und werden doch bloß unser Loß vorübergehend bessern können. Das muß einmal ein Ende nehmen. Dazu ist es Gebot, daß die Arbeiter, daß wir unsere Arbeitskraft errichten und die Betriebe in Besitz nehmen. Das will die Dritte Internationale in allen Ländern betriebsmäßig. Ihr müßt euch darum zusammenschließen in der Dritten Internationale. Arbeitsgenossen, es lebe der Sieg über die Ausbeuter!“

Jetzt empfinden sie, jetzt leben sie die ungeheure Kraft ihrer Klasse. Die letzten Worte haben sie mit dem Odem kommenden blühender Zeiten angeblasen. Sie sehen die Zukunft in Lichter Farben als noch kurz zuvor. Und der Gedanke, daß, wenn dieser Streik beendet ist, dann vielleicht ein größerer und schwererer, an Opfern viel reicherer Kampf um das höchste Ziel der Arbeiterklasse, ihre restlose Befreiung, aufgenommen werden muß, hat keinen Schrecken für sie.

# Breslauer Nachrichten.

## Gegen Brotverwertung und neue Steuern.

Die kommunistische Partei hatte für Dienstag drei große öffentliche Versammlungen einberufen, um gegen die ungeheure Brotverwertung und gegen die neuen Steuern Stellung zu nehmen.

Alle Versammlungen waren gut besucht. Die Redner verstanden es nachzuweisen, daß der Erfolg der Ebertschen Parole: „Ruhe und Ordnung“ und „Aufbau des Kapitalismus“ dazu beigetragen habe, eine ungeheure Verelendung unter das Proletariat zu bringen. Die Preise sind ins Riesenhafte gestiegen, haben die Weltmarktpreise schon zum Teil überstiegen, während der Reallohn des deutschen Arbeiters gefallen ist auf eine Stufe, die es dahin gebracht hat, daß die amerikanischen Arbeiter 4-5mal, die englischen 3-4mal soviel Lohn erhalten als die deutschen, ja, daß der japanische Arbeiter, jenes Muster an Genügsamkeit, mehr verdient als der deutsche.

Nicht nur die Brotverwertung und die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den letzten zwei Monaten um 50-60 Prozent belasten die Arbeiter. Die neuen, indirekten Steuern sind es besonders, die die breite Masse niederdrücken werden, daß sie nicht aus noch ein weiß. Die kapitalistische Regierung versteht es immer, die Lasten auf das arbeitende Volk abzuwälzen. Aber die Ausbeutungskampagne, die jetzt eingesetzt hat, geht über die Hutschnur und hat dazu beigetragen, daß die Arbeiter endlich die Segnungen der demokratischen Republik erkennen.

Im ganzen Reich steht die Offensive gegen die Steuerwahlen ein. Die Arbeiter müssen aber erkennen, daß, wenn wirklich etwas durchgreifendes erreicht werden soll, sie geschlossen und einheitlich über das ganze Reich zusammenstehen müssen, und unter Leitung der Gewerkschaften und der politischen Parteien zum Kampf gehen. Zu diesem Zweck ist es insbesondere notwendig, die Einsicht, daß nicht dem Wege der Arbeitsgemeinschaft, sondern nur durch kollektive Verweigerung der Arbeitskraft, durch den Streik etwas erreicht werden kann.

Der ADGB und die USA haben auch die Notwendigkeit erkannt, daß die Löhne angepaßt werden müssen den Marktpreisen. Es geht nicht, daß sich die Arbeiter ablassen lassen mit einer Lohnerhöhung von 10-15 Prozent. Schon der ADGB. awisiert die Notwendigkeit der Erhöhung, dann muß er auch einsehen die Notwendigkeit des Kampfes. Der ADGB. muß unmittelbar die Massen zusammenfassen zum einheitlichen wirtschaftlichen Kampf, er wird alle revolutionären Arbeiter hinter sich haben. Der ADGB. muß aber auch wissen, daß wenn er mit den Unternehmern am grünen Tisch hanteln will, er den schärfsten Kampf der revolutionären Arbeiter zu gewärtigen hat. Es kann angeht das grenzenlose Elend geben, rücksichtslosen Kampf gegen die Kapitalisten.

## Ein Arbeitsbauer an die Arbeiter.

Arbeiter, tut ihr eure Pflicht!

Bald drei Jahre sehen wir in der Revolution. Viele Tausende von euch sind schon verblutet, viele, viele im Kerker, und noch steht es nicht aus, als ob wir in nächster Zeit unser Ziel erreichen. Zum großen Teil liegt die Schuld daran, weil ihr noch gar nicht begreift, was für Bundesgenossen ihr zur Durchföhrung der sozialen Revolution haben müßt und haben könnt.

Wenn ich als Bauer manchmal die Reden von euch anhöre, so muß ich oft denken, wie falsch ihr uns Arbeitsbauern einschätzt. Ihr schimpft vielfach über uns und nennt uns Bucherer, und behauptet gar nicht, daß die heutige Gesellschaftsordnung schuld daran ist, wenn tatsächlich solche Auswüchse sich zeigen. Seht, auf was liegt genau so der ungeheure Druck des kapitalistischen Staates wie auf euch, und ihr müßt immer bedenken, wenn ihr über zu teure Lebensmittel klagt, daß es besonders die kapitalistischen Junker und Großgrundbesitzer und die Großbauern sind, die nie genug für ihre Produkte kriegen können, die die wirklichen Gewinne einbehalten.

Ein Beispiel will ich nur anführen. Sei uns in Süddeutschland hat die Stadt Karlsruhe den Milchpreis freiwillig ab Erad auf 2 Mark erhöht; aber ziemlich viele Erntschaffen mit rein klein- und mittelbäuerlichen Betrieben haben erklärt, daß sie mit einem Verkaufspreis von 1,80 Mark auskommen. Voriges Jahr war es genau so, da kämpften wir direkt dagegen, daß der Milchpreis auf 1,50 Mark kommen sollte. Ich habe dort mit vielen von meinen Verursachern gesprochen, die durchweg sagten, 1,20 Mark ist genug.

Nur jene kleinen und mittleren Bauern, die im Landbau, also im Schleppebau der Junker und Herrenbauern, sind, haben den Ruf nach mehr erhoben; und diese Arbeitsbauern müssen wir bei allem der Wirtschaftswende entgegenstellen und sie in die revolutionäre Front der kämpfenden Bauern einfügen, und da müßt ihr mit aller Kraft helfen, Arbeiter, und ihnen immer und immer wieder erklären, wie hoch der kleine und mittlere Bauer an niedrigen Preisen direkt interessiert ist.

Das müßt ihr euch erklären. Denn wenn die Lebensmittelpreise sind, müßt ihr logischerweise mehr Lohn haben, denn sonst könnt ihr nicht leben. Nun werden aber die sämtlichen Produkte, die wir Bauern kaufen müssen, ebenfalls teurer. Nun steht man beide Seiten der Medaille auf der einen Seite uns Arbeitsbauern, auf die die Erhöhung der Lebensmittelpreise doch wieder zurückfällt, und auf der anderen Seite die Großgrundbesitzer und Großbauern, die hoch, weil sie auf ihren Großgütern mit Maschinen und allen anderen Geräten und Hilfsmitteln viel billiger produzieren können als wir kleinen und mittleren Bauern, und weil sie wegen der Größe ihrer Betriebe viel weniger zum täglichen Gebrauch zu kaufen brauchen als wir.

Denn schließlich ist eine Umwälzung von Reichümern und Kapital. Und weil bekanntlich nicht der Reiche das Kapital, sondern das Kapital den Reichen beherrscht, deshalb auch immer der Reiche von jetzt an mehr und mehr.

Aber wir Schaffbauern sind durch die Umwälzung des Geldes aus unserer Schaffbauerschaft herausgenommen; aber wohin lassen wir, woher wir bei den heutigen unerschwinglichen Preisen die Maschinen und Geräte anschaffen, die wir benötigen? Wohin lassen wir, wenn wir unsere Kinder heilen lassen, wie es sich gehört? Wohin lassen wir jetzt, wenn wir so viel Krankheiten ausprägen, als wir brauchen? (Das darf den hohen Krankheitspreis die Produktion zurückgeht in den.) Wohin lassen wir aber trotzdem durch die ungeheuren Steuern des kapitalistischen Staates? Wieder in die Schaffbauerschaft, ärger als je.

Denn die Großgrundbesitzer verstehen es genau so wie die anderen Kapitalisten, die Folgen des verlorenen Krieges auf die Schichten des wertvollen Volkes in Stadt und Land zu legen. Mit und Geld spielt und genau so entgegen wie auch Arbeiter und wie den Lohnarbeitern und Angestellten.

Wie jämmerlich ist eure Lage, Landarbeiter! Ihr glaubet noch des Krieges, daß eure Lage gebessert sei, wenn ihr euch im ADGB. vereinigt; und jetzt seht ihr, daß kein Verband etwas ist,

wenn keine richtigen Führer da sind, wenn Führer an der Spitze stehen, die den Kampf scheuen, die euch den Junkern wieder auf Gnade und Ungnade ausliefern. Euch rufe ich zu: Erhebt euch euren Verband, stellt an die Spitze Männer, die tatsächlich zu eurem Besten euch führen, dann wird und muß es besser werden!

Nur wenn wir alle schaffenden Kräfte des gesamten Volkes mobilisieren, ist es möglich, endlich andere Zustände, menschliche Zustände, zu schaffen, die dann für alle besser sind.

Und da muß ich nun fragen: Proletariat, tut ihr eure Pflicht? Wie viele von euch haben Verwandte und Bekannte auf dem flachen Lande? Woher stammen die großen Arbeitermassen in der Industrie? In den letzten vierzig Jahren ist ein großer Teil von euch vom Lande in die Stadt gewandert; weil das flache Land euch keine Arbeitsmöglichkeit mehr bot, ihr aber in der Industrie eine solche finden konntet.

Arbeiter, Landarbeiter, Angestellte und Bauern! Wir sind Blut von einem Blute und Fleisch von einem Fleisch. Unterbrüde, die seit Jahrtausenden das laubirische Joch tragen. Heute aber heißt es kategorisch, daß wir uns befreien können und müssen. Mit aller Kraft müssen wir die Propaganda in die heute noch indifferenteren Massen tragen. Auch auf das Land muß der Klassenkampf getragen werden mit allen Mitteln!

Wir Kommunisten stehen heute in allerhöchster Alarmbereitschaft; aber dies darf uns nicht abhalten, alles daran zu setzen, den Kreis unserer Sympathisierenden zu vergrößern. Wenn ich an die Verproletantierung unserer Großstädte denke nach Ergreifung der Macht durch uns, so behaupte ich, daß jeder Kleinbauer, der für uns gewonnen ist, das Leben eines Arbeiters rettet in der sozialen Revolution. Dann kann an den direkten Austausch zwischen Industrieprodukten einerseits und landwirtschaftlichen Produkten andererseits unter Ausschaltung des Unternehmervorteils herangeführt werden, dann können die Preise so geregelt werden, wie sie für beide Teile am besten sind.

Aus all diesen Gründen rufe ich: Her mit der Front des schaffenden Volkes in Stadt und Land! Regale Kampfarbeit in den Betrieben, in den Gewerkschaften, überall!

Und vor allen Dingen: Tragt den Klassenkampf auf das Land hinaus, auf daß es nicht noch einmal so geht wie 1918, wo man die Revolution ohne das flache Land machen wollte. Auf, Arbeiter! Intensivste Propaganda getrieben, so lange, bis die Schicht zwischen Arbeit und Kapital offen tobt. Es lebe der Sieg des vereinigten Arbeitsvolkes!

Ernst Gäßler, Kleinbauer, Kirchhausen.

## Aus der Provinz.

### Au alle Ortsvorstände.

Den Ortsvorständen des Unterbezirks Waldenburg wird mitgeteilt, daß während der Abwesenheit des Parteisekretärs alle Postfächer und alle Anfragen an den Bezirksboten Julius Müller, Oberhermsdorf 31, Post Gottesberg, zu richten sind. Sobald Genosse Schatz vom Parteitag zurück ist, geht alles wieder über das Sekretariat. Die Unterbezirksleitung.

### Explosion im Elektrizitätswerk Tschelnitz.

Das Elektrizitätswerk „Schlesien“ in Tschelnitz bei Breslau ist in der Nacht von Sonntag zu Montag zu einem schweren Explosionskatastrophen heimgesucht worden, durch die das Werk zu einem Teil vernichtet und in seinem Betrieb vollständig zum Stillstand gebracht wurde. Leider hat das Unglück, dessen Schwere im Augenblick noch nicht zu übersehen ist, auch Menschenleben gefordert. Von den Verletzten ist einer alsbald gestorben, während zwei Arbeiter unter den zusammengehörten Resten begabten wurden und bis jetzt noch nicht geborgen werden konnten. Als in der fraglichen Nacht mehrere Arbeiter in dem großen Kesselhaus, in dem sich sieben Kessel befinden, beschäftigt waren, entstand plötzlich am Kessel 5 eine heftige Rauchentwicklung, der alsbald eine ungeheure Explosion folgte. Einer der Arbeiter veranlaßte trotz der sich entwickelnden Rauchwolken ins Freie zu flüchten. Gleich darauf füllten mit ungeheurer Macht die Heiler des Kesselhauses zusammen, und dieser selbst stürzte mit dem Inhalt von etwa 3000 Tonnen Kohlen in das Kesselhaus, alles unter sich begrabend. Die Westseite des Kesselhauses wurde vollkommen eingedrückt und die Mauerreste weit in die Umgebung geschleudert. Das Dach des angrenzenden Maschinenhauses stürzte gleichfalls durch die Wucht der Explosion in sich zusammen und verdrängte zwei Turbinen. Die Ursache der Katastrophe läßt sich im Augenblick noch nicht feststellen. Man vermutet eine Rauchentwicklung, durch die der Kessel 5 zur Explosion gebracht wurde. Der Schaden kann auf ungefähr 20 bis 25 Millionen Mark geschätzt werden.

### A.-G. Juderabril Hayman.

Die Freie für Juden sind von 0,50 Mark im Jahre 1914 auf 2,07 Mark im Jahre 1921 für das Risiko gestiegen. Die Juderpreise sind also, obwohl die Steuer nicht erhöht wurde, um 1329 Prozent gestiegen. Die Großgrundbesitzer haben die Anbahnung für Juden künstlich herbeigeführt, die Juderaktionäre haben einen Teil der Juderentrichtungen bei dem großen Ausverkauf nach dem Ausbruch verkauft, um so bei verminderter Produktion mehr zu verdienen. Das die Aktionäre, die Juderfabriken, in denen allgemein sehr viel Kapital investiert ist, trotz ihres Ausverkaufs an der Gesundheit des Volkes noch ganz Profit machen, geht aus folgender Rechnung hervor:

In der Affäre der Gesellschaft, die bisher nur an der Breslauer Börse gehandelt wurde, entschiedete sich an der Berliner Börse am Montag größeres Geschäft, und zwar wurden die Aktien bis zu 90 Prozent bezahlt. Die Gesellschaft, die über ein Aktienkapital von 2 Millionen Mark verfügt, bringt in der nächsten Generalversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 25 Prozent (i. S. 12) in Vorschlag. Die Geschäftslage der Gesellschaft wird als recht günstig bezeichnet, da die Juderentzüge mit den erheblich erhöhten Zinsausgaben besonders gute Umsätze bietet.

5 Prozent Dividende, ohne die Zinsausgaben, die die Aktionäre in verlässlicher Form bekommen, wurden ausgeschüttet. Die Geschäftslage sei gut. Außer und Frauen, das arbeitende Volk überhaupt, können sich nicht einmal den rationierten Zucker kaufen, und schon steht eine neue Steuer und damit eine neue Preiserhöhung bevor.

Grauberg. Vor einigen Tagen wurde ein Leutnant der Eipo erschossen. Die nur aus Grauberg geschieden wird, trägt dann die Eipo selbst schuld. Sie hat durch ihr gemeines, brutales und probolatorisches Verhalten die Bevölkerung herumgeritten, daß sich auf eine Weise die Bevölkerung dort wehrte. Die Eipobesitzer haben auch nicht die elementaren Begriffe eines Volkswirtschaftlers, der angeblich zum Schutze des Kapitalismus da ist. Kein Bauer, wenn man über die Erziehung dieser Eipolente hört, daß ihnen nicht etwa Aufstandslüge und Unangabe mit der Bevölkerung, sondern nationaler Schiffs beibringt wird. Dementsprechend ist auch die Behandlung der Bevölkerung. So wurde kürzlich in Grauberg ein Mann auf der Straße getötet und dort aus den wichtigsten Gründen in der Bevölkerung diese gewöhnlich. Guter Schermer kann der Landrat,

die Neglerung und der Führer der Eipo diese Gemeinheiten. In Wirklichkeit sind diese Stellen schuld an diesen Brutaltäten. Denn sie sind verantwortlich für den Geist, der unter ihrer Oberaufsicht den Eipobesitzern eingepflanzt wird.

Rothenbach. Bergmannsloß. Am Sonnabend verunglückte der 20 Jahre alte Bergmann Schritter aus Landeshut auf dem Klarschacht durch herabstürzendes Gestein zu Tode.

Landeshut. Am 15. August kamen im Neubau der Flachspinnerei F. Winkel Flachsvorräte zum Brennen. Durch schnelle Hilfe gelang es den Brand zu dämmen, so daß nennenswerter Schaden nicht entstanden sein dürfte. Ob der Ursache Selbstentzündung oder Nachlässigkeit zugrunde liegt, muß noch festgestellt werden; dasselbe betrifft einen gegen Mittag in den Reiherschen Familienhäusern ausgebrochenen Stubenbrand.

Dittersbach. Am Sonntag, den 14. August, fand die fällige Mitgliederversammlung der D.A.P. Ortsgruppe Dittersbach, statt. Genosse Mich. Schulz eröffnete die Versammlung und hielt die Erschienenen willkommen. Den Bemühungen des Vorsitzenden war es gelungen, den Unterbezirkssekretär Paul Scholze für die Versammlung zu gewinnen. Benannter Genosse hielt nun einen Vortrag über die politische sowie über die wirtschaftliche Lage. Er kam dann auf die ungesunde Steigerung der Lebensmittelpreise und auf die allgemeine Teuerung zu sprechen, und er führte den Genossen die Auswirkung derselben auf das Proletariat sehr treffend vor Augen. Man kann schon sagen, der Vortrag des Genossen Paul Scholze hätte sich gelohnt, von mehr Genossen gehört zu werden. An dieser Stelle sei gleich gesagt, daß, wenn jetzt schon das Interesse der Genossen gegen früher erheblich gestiegen ist, es aber in Zukunft noch mehr der Fall sein muß, denn nur durch regen Besuch der Mitgliederversammlung ist es möglich, daß jeder Genosse auf dem Laufenden bleibt! Es fand nun noch die Neuwahl eines Schriftführers statt. Genosse Hannig wurde vorgeschlagen, und auch gewählt. Es fand dann eine rege Aussprache über die Zeitungstrage und Kolportage statt. Es kam der Wille zum Ausdruck, daß die Genossen noch mehr als bisher für die „Schl. Arbeiter-Zeitung“ werben. Neuauflagen sind sofort an den Zeitungsflopporteur Genossen Karl Benich, Melchiorstraße 10, zu überweisen. Ferner wurde beschlossen, von jetzt ab die Mitgliederversammlungen regelmäßig alle vier Wochen, den Sonntag vor dem 15. eines jeden Monats, in der Friedeshoffnung stattfinden zu lassen. In dieser Stelle fordern wir die Mitglieder, die nicht verhindert sind, auf, an den Versammlungen nun regelmäßig teilzunehmen. Nachdem nun Unterbezirkssekretär Genosse Paul Scholze noch einige Worte an die Genossen gerichtet hatte, fand die so anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

## Versammlungskalender.

Dittersbach. Sonntag, den 21. August, vormittags 9 Uhr, findet im Gasthaus „Zur Friedeshoffnung“ eine außerordentliche Aktionsausschubstzung statt. Zu dieser Sitzung haben alle Zehnerchaftsführer und Kassierer mit zu erscheinen. Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichshaf-Druckerei, e. G. m. b. H. Berlin SW. 42.

## Wir verkaufen

1 Rasierhahne . . . M. 1,—	1 Gutbürste . . . M. 3,50
3 Scheuerbürsten . . . „ 1,—	1 Möbelpinsel . . . „ 3,50
1 Schrubber . . . „ 1,50	1 Kofettpinsel . . . „ 3,50
3 Dosen Schuhcreme . . . „ 2,—	1 Küchenhandfeger . . . „ 3,50
1 Schuhganzbürste . . . „ 3,—	1 Küchenbesen . . . „ 4,50
1 Kopfbürste . . . „ 3,—	1 Möbelbürste . . . „ 4,50
1 Kufschwibbesen . . . „ 3,—	1 Teppichfeger . . . „ 4,50
1 Lederstovamm . . . „ 3,—	1 Roßhaarbesen . . . „ 16,—
1 Pack Stahlspähne . . . „ 3,—	1 Roßhaarhandfeger . . . „ 8,—
1 Rasierpinsel . . . „ 3,—	1 Rohrlopper . . . „ 9,—

**3 Scheuertücher zusammen Mk. 5.—**  
Kämme, Schwämme, Fensterleder, Fußmatten, Pinsel, Küchenbürsten usw. billigt.  
London & Co., Oderstraße 5, 2. Viertel vom Ring.

Wir empfehlen:  
Julius Lengyel:  
„Der Zusammenbruch des Kapitalismus“. Preis 0,50 M.  
Eignet sich besonders zur Massenverbreitung unter den Arbeitern.  
Gösta Brand:  
„Der Kampf um die Schule“. (Ein Wort an die Arbeitereltern.)  
Inhalt: I. Die Grundlagen der Erziehung. II. Die heutige Schule. III. Die kommunistische Schule. IV. Der Kampf für die kommunistische Schule. — Anhang: 1. Das Thüringer Elternratsgesetz, 2. Leitsätze für die Arbeit in den Elternräten. Preis 1,25 M.  
E. Barga:  
„Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur“. Preis 3,50 M.  
E. Barga:  
„Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft“. Preis 1,50 M.  
Zu beziehen durch:

**Kommunistische Bucherei**  
Breslau B, Gräßlgauer Str. 45.

## Breslau

Kaiserbrücke  
Teich Ring 192



# Angelos

Täglich 7½

Sonntags 3¼ u. 7½

bis 25 Sensations-

nummern enthaltende

wäre

## ZIRKUS-

## Programm

Abend um 8 Uhr bis 11 Uhr  
5-5 Uhr und ein Stück vor Beginn in  
im Klubraum. Teich Ring 192.

# Genossen!

Werbt  
unermülich Leser  
für die  
Schlesische  
Arbeiter-  
Zeitung

# Der Mostauer Weltkongress.

## Resolution zum Bericht der Exekutive.

Im nachstehenden veröffentlichen wir die Resolution des Mostauer Kongresses zum Bericht der Ex. u. u. und die sich darin anschließenden Erklärungen. Die verspätete Veröffentlichung beruht auf unregelmäßiger Uebermittlung des Materials.

**Genossen:** Genossen und Genossinnen, als Extrait der Diskussion über den Bericht der Exekutive ist uns von einer ganzen Reihe Delegationen eine Resolution mit Unterschriften eingebracht worden, die wir jetzt annehmen und für die Delegationen vorschlagen sollen.

Die Resolution lautet:

Der Kongress nimmt mit Befriedigung den Bericht der Exekutive zur Kenntnis und stellt fest, daß die Politik und die Tätigkeit der Exekutive in dem verflochtenen Jahre auf die Durchführung der Beschlüsse des 2. Kongresses gerichtet war. Der Kongress billigt insbesondere die Anwendung der vom 2. Kongress aufgestellten 21 Bedingungen durch die Exekutive in den verschiedenen Ländern und billigt auch die Tätigkeit der Exekutive, die auf die Bildung von großen kommunistischen Massenparteien und auf die schärfste Bekämpfung der opportunistischen Tendenzen, die sich in diesen Parteien zeigten, gerichtet war.

1. In Italien zeigte schon die Haltung der Führergruppe Serrati unmittelbar nach dem 2. Weltkongress, daß es ihr mit den Beschlüssen des Weltkongresses und mit der kommunistischen Internationale nicht ernst war. Vor allem aber hat die Rolle dieser Führergruppe in den Septembekämpfen, ihre Haltung in Livorno und mehr noch ihre Politik seit jener Zeit klar bewiesen, daß sie den Kommunismus nur als Auswärtshilfe ihrer opportunistischen Politik benutzen will. Unter diesen Umständen war die Spaltung unvermeidlich. Der Kongress begrüßt es, daß die Exekutive in diesem Falle, der von grundsätzlicher Bedeutung ist, mit Festigkeit und Entschiedenheit eingegriffen hat. Er billigt den Beschluß des C. R., der damals sofort die kommunistische Partei Italiens als die einzige kommunistische Sektion dieses Landes anerkannte.

Nachdem die Kommunisten den Kongress von Livorno verlassen haben, hat der Kongress folgende Resolution Ventivoglio angenommen: „In dem er seinen Anschluß an die 3. Internationale abermals vollinhaltlich bestätigt, übergibt er den Konflikt der Behandlung durch den bevorstehenden Kongress derselben, wobei er sich schon jetzt verpflichtet, die Entscheidung des Kongresses anzunehmen und durchzuführen“.

Der 3. Kongress der kommunistischen Internationale ist überzeugt, daß dieser Beschluß der Führergruppe Serrati durch den Druck der revolutionären Arbeiter auszuweichen ist. Der Kongress erwartet, daß diese revolutionären Elemente der Arbeiterklasse nach den Beschlüssen des 3. Weltkongresses alles aufbieten werden, um diese Beschlüsse tatsächlich durchzuführen.

Auf die Appellation des Kongresses von Livorno an den 3. Weltkongress erklärt der 3. Weltkongress ultimativ:

Solange die S.P. die Teilnehmer der Reformistischen Konferenz in Reggio Emilia und die sie Unterstützenden nicht ausgeschlossen hat, kann die S.P. der R.P. nicht angehören.

Wenn diese ultimative Vorbedingung erfüllt sein wird, so beauftragt der 3. Weltkongress die Exekutive, die notwendigen Schritte zu unternehmen zur Vereinigung der von reformistischen und zentristischen Elementen gereinigten S.P. mit der R.P. zu einer einheitlichen Sektion der kommunistischen Internationale.

2. In Deutschland war der Parteitag der U.S.P.D. zu Halle die Folge der Beschlüsse des 2. Weltkongresses, die ihrerseits das Fazit aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung zogen. Die Haltung der Exekutive war auf die Bildung einer starken R.P. in Deutschland gerichtet und die Erfahrung hat bewiesen, daß diese Politik richtig war.

Der Kongress billigt auch vollkommen die Haltung der Exekutive in den weiteren Ereignissen innerhalb der R.P.D. Der Kongress spricht die Erwartung aus, daß die Exekutive auch in Zukunft diese Grundzüge der internationalen revolutionären Disziplin streng anwenden wird.

3. Die Aufnahme der R.A.P. als sympathisierende Partei der R.P. hatte den Zweck, zu erproben, ob die R.A.P. sich zur R.P. hin entwickeln wird. Die bisherige Parteizeit ist genügend. Nun muß von der R.A.P. der befristete Anschluß an die R.P.D. verlangt werden, oder es ist ihr Ausschluß als sympathisierende Partei aus der R.P. zu vollziehen.

Der Kongress begrüßt die Art, in der die Exekutive die 21 Bedingungen auf die Französische Partei angewendet hat, indem sie große Arbeitermassen, die sich auf dem Weg zum Kommunismus befinden, dem Einfluß der Longuetisten, Opportunisten und Zentristen entzogen und ihre Entwicklung beschleunigt hat. Der Kongress erwartet von der Exekutive, daß sie auch in Zukunft die Entwicklung von einer prinzipientreuen und schlagfertigen Partei tatkräftig fördern wird.

4. In der Tschechoslowakei hat die Exekutive mit Geduld und Rücksichtnahme auf alle Umstände die revolutionäre Entwicklung eines Proletariats verfolgt, das bereits Beweise seines Kampfeswillens und seiner Kampffähigkeit erbracht hat. Der Kongress billigt die Resolution der Exekutive über die Aufnahme R. P. Tsch.

Der Kongress erwartet von der Exekutive, daß sie die restlose Durchführung der 21 Bedingungen auch in der R. P. Tsch. durchsetzen und darauf bringen wird, daß sobald wie möglich eine einheitliche kommunistische Partei der Arbeiter aller Nationen der Tschechoslowakei mit klarem kommunistischen Programm und mit fester kommunistischer Führung auf zentralistischer Grundlage gebildet und auch die rasche und systematische Eroberung und die internationale Vereinheitlichung der Gewerkschaften durchgeführt werde.

Schließlich weist der Kongress die Einwände, die gegen eine straffe, internationale Zentralisierung der kommunistischen Bewegung von offenen und verkappten Gegnern des Kommunismus erhoben werden, zurück. Er gibt vielmehr seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß alle Parteien ihre besten Kräfte für die Exekutive entsenden werden und dadurch eine noch schlagfertiger zentrale Führung der in einen unzerbrechlichen Bund zusammengeschlossenen kommunistischen Parteien erreichen werden. Der Mangel einer solchen hat sich z. B. in der Arbeitslosenfrage und in der Reparationsfrage gezeigt, wo die Exekutive nicht rasch und genügend eingegriffen hat. Der Kongress erwartet, daß die Exekutive unter verstärkter Mitwirkung der angeschlossenen Parteien zur Herstellung eines besseren Verbindungsapparates und durch verstärkte Mitwirkung der angeschlossenen Parteien in der Exekutive ihre steigenden Aufgaben in noch größerem Maße als bisher zu erfüllen in der Lage sein wird.

Unterschriften: Für die Delegationen R.P. Italiens-Terracini; R.P. Bulgariens-Rofarow; R.P. Bolens-A. Michalek; R.P. Deutschlands-Thalheimer, Fröhlich; R.P. Norwegens-Schafis; R.P. Tschechoslowakei (Deutsche Abteilung) Kreibich; R.P. Ungarns-Szantó; R.P. Österreichs-Frey; R.P. der Schweiz-Rosa Grimm; R.P. Rumaniens-A. Babulescu.

Für die kommunistische Jugendinternationale: Willi Münzenberg.

## Das Schlusswort Radeks:

(Fortsetzung aus der Beilage vom Mittwoch, den 17. August.)

Radek: Nach den zwei Tagen der Diskussion, in der einzelne der Reden wiederholte Schlussworte waren (Heiterkeit), erlauben Sie mir, Parteigenossen, im Namen der Exekutive das Schlusswort zu halten und die Thesen, die wir hier vorgelegt haben, im Zusammenhang mit allem, was die Debatte an Aufgaben ergeben hat, und unsere Verhandlungen, die nicht ein Austausch einer Reihe persönlicher Meinungen waren, sondern die eine ganze Reihe Aufgaben aus Licht zu bringen hatten, zur Annahme zu empfehlen. Zuerst erlauben Sie mir, Genossen, das Auftreten einer Reihe von Vertretern verschiedener Delegationen zusammenzufassen.

Genossen, die Partei, über die am meisten hier gesprochen wurde, die Partei, über deren Fehler hier unsererseits und ihrerseits am schärfsten gesprochen wurde, war unsere Deutsche Partei. Und seitens der Deutschen Partei haben wir hier eine ganze Reihe von Ausführungen gehört, die uns und dem Kongress ein großes Material zur Beurteilung der Lage und

zur Beurteilung unserer Taktik gegeben haben. Und ich bin überzeugt, Genossen, daß diese lebhafteste Aussprache über die deutschen Dinge nicht nur von größter Bedeutung sein wird für die innere Entwicklung der Deutschen Partei, sondern daß sie die größte Bedeutung haben wird für die kommunistische Internationale. Die deutschen Proletarier haben in all diesen drei Jahren durch große Kämpfe, durch unerhörte Leiden, die sie auf sich genommen haben, uns immerfort Lehren gegeben, die uns über den Kreis der Erfahrungen der russischen Revolution hinausgeführt haben. Es ist das Geschick der deutschen Arbeiterklasse, daß sie die Träger der ersten großen revolutionären Bewegung ist außerhalb dieses halb-agrarischen Rußlands, der ersten Revolution in einem industriellen Lande. Und diese Tatsache macht die deutsche Arbeiterklasse zu der Preis kämpferin des internationalen Proletariats, wie es bisher nur die russische war. Die Erfahrungen der russischen Revolution haben dem internationalen Proletariat die Lösung der Diktatur und die Lösung der Sowjets gegeben. Aber der Weg, auf dem wir in Rußland zum Siege gekommen sind, könnte kürzer sein als der Weg, den das Proletariat in allen kapitalistischen Ländern gehen wird. Und das Martrium des deutschen Proletariats, der langsame Gang, die Kämpfe und die Niederlagen, das ist die wichtigste Quelle unserer neuen Erfahrungen, die wir für das internationale Proletariat erschließen wollen. Und wenn wir einerseits mit der R.A.P., andererseits mit der R.P.D. viel gestritten haben, so ist es nicht deshalb, weil sie im Gegensatz zu den anderen musterhaften Parteien Fehler gemacht haben, sondern weil die kommunistische Bewegung Deutschlands durch ihre Fehler und Niederlagen, durch ihre Siege es uns erlaubt, den anderen Parteien Fehler zu erparen.

Genossen, ich habe nicht zufälligerweise oder aus chronologischem Interesse die drei Beispiele zusammengestellt: Italienische Partei bei der Besetzung der Fabriken, Tschechoslowakische Partei bei dem Dezemberstreik und R.P.D. bei den Märzämpfen; nicht aus Freude an der Aneinanderreihung dieser Beispiele, sondern deswegen, weil der Vergleich dieser drei Bewegungen uns in den Stand setzte, die Möglichkeiten der Aktionen, die Notwendigkeiten und Pflichten der Partei, die Gefahren, die der Partei drohen, abzuschätzen. An der tschechoslowakischen und an der italienischen Bewegung hatten wir ein Beispiel, das angesichts einer spontanen großen proletarischen Bewegung die Parteien, weil sie nicht genügend kommunistisch sind, weil sie noch in ihrem Blute das Gift des Opportunismus haben, unfähig waren, die Bewegung zu leiten. Die deutsche zeigte, wie eine junge kommunistische Organisation in ihrem Drange zur Tat, zum Kampf einerseits die Situation nicht genügend ausreifen läßt, andererseits eine ganze Anzahl von Fehlern in der Leitung des Kampfes begeht, die sie mit der Gefahr der Föderung ihres Verhältnisses zu den breitesten Massen des Proletariats bedrohen. Genossen, es ist für mich sehr verständlich, daß in der Debatte niemand auf das tschechoslowakische und italienische Beispiel eingegangen ist, daß sich das Interesse auf die Fehler der deutschen Märzaktion konzentriert hat. Die in Italien und der Tschechoslowakei gemachten Fehler bedeuten ein vollkommenes Versagen der Partei, ihre Richtertätigkeit, eine Lolsünde gegen den Kommunismus.

Wir halten es für unsere Aufgabe, hier zu sagen, wenn halbzentristische Elemente aus Anlaß unserer Auseinandersetzung über die Märzaktion rufen — nostra vittoria — hier zu sagen: wir kämpfen gegen die Linke, wenn sie Fehler macht, darum, weil sie durch ihre Fehler den Opportunismus stärkere kann, den Opportunismus, der unser Lobfeind ist, und den zu bekämpfen wir in erster Linie verpflichtet sind. Wenn die Opportunisten glauben: nostra vittoria, weil wir mit dem Linken in der Deutschen oder Italienischen Partei hier hart gekämpft und sie auf ihre Fehler aufmerksam gemacht haben, so sagen wir ihnen: ihr freut euch zu früh! Wir sind überzeugt, daß diese Auseinandersetzungen, die sich auf alles das stützen, was der Kampf zustande gebracht hat, werden den guten kommunistischen Parteien helfen, ihre Kämpfe siegreich zu führen. Und dann werden diese kommunistischen Parteien den Opportunismus nicht mit der Waffe der Kritik, sondern im Kampfe zerrümmern, und wenn Genosse Lenin hier sagte, wir haben auf dem ersten Kongress vom Kampfe gegen den Opportunismus, auf dem zweiten Kongress vom Kampfe gegen

## In den Wolfstaken.

(Schluß.)

Ich sah mich um und bemerkte in einer Ecke einen jungen Mann mit ungewöhnlich leidvollen Gesichtszügen, und neben ihm eine junge Dame, die, wie ich später erfahren habe, seine Frau war. Inständig ging ich hin und bat um Erlaubnis, mich in derselben Ecke niederzuliegen. Ich habe mich nicht getraut: es war ein Mitglied des österreichischen Sowjet. Wir haben uns schnell befreundet und waren die ganze Zeit unzertrennlich.

Ich betrachtete einen unruhigen Tag. Der ganze Körper schmerzte, zeitweilig verstand ich schlecht, was rings um mich geschah. Ich erwartete voller Qualen, daß man meinen Namen jeden Augenblick ausrufen und mich wieder zum Verbör führen würde. Es wäre über menschliche Kräfte gewesen, zum zweitenmal am selben Tage solche Schläge auszuhalten. Es wurde jedoch Nacht, ohne daß man mich holte.

So vergingen Tage und Wochen, und bis zu meiner Befreiung bekam ich niemanden mehr zu sehen. Später, als ich befreit wurde, hat sich das sehr einfach aufgeklärt. Als die Genossen von meiner Verhaftung erfuhren, festten sie sofort Geld in Umlauf. Meine Angelegenheit spazierte von einem Untersuchungsrichter zum anderen, und Gott weiß wie lange es dauerte und was es für ein Ende genommen hätte, wenn ich nicht durch einen Zufall von der Refugiosierungsstelle vollständig befreit worden wäre.

Nach zwei Tagen wurden wir alle in den Lufjanows-Berker übergeführt. Dieses Gefängnis war unheimlich überfüllt. Es befanden sich dort nicht weniger als 3000 Eingesperrte. In der Kammer, die eigentlich nur auf 12 Personen berechnet war, befanden sich augenblicklich an 30 Mann. Es war schmutzig und unerträglich schwül. Die Kranken lagen ohne jede ärztliche Hilfe. Die Gefängnisobrigkeit gab sich die größte Mühe, das strengste Regime gegenüber den „Kommissaren“, wie sie die Eingesperrten humoristisch nannte, einzuführen. Es kamen graue, qualvolle, einmüde Tage.

Drei Wochen waren vergangen. In der Nacht zum 1. Oktober, als die ganze Kammer noch in tiefem Schlaf lag und jedes Geräusch bei dieser eigenartigen, bangen Gefängnisstille deutlich zu hören war, ertönte plötzlich das Donnern der Geschütze. Das Gefängnis war auf einmal wach. Das Gewehrfeuer wurde immer härter, die Geschosse schlugen immer näher

ein... Jetzt liegen sie über unser Gefängnis, das eine schlägt gegen das Gefängnistor.

Wir waren wie im Rauch. Wie gehetzt liefen wir in der Kammer hin und her. Die Gedanken flogen weit weit in die Freiheit, zu den Genossen, die jetzt da draußen frei über sich verfügen und mit dem Gegner kämpfen konnten. Hände krampflich sich unwillkürlich in Fäuste ... und sanken in kraftloser Mut wieder nieder.

Möglichst erhalte den Kammer zu Kammer, von Korridor zu Korridor ein Geschrei: „Zerbrecht das Gefängnis!“

Nun fing das Gefängnis an zu stöhnen, die Fensterrahmen und -scheiben flogen hinaus. Alle schrien und liefen in der Kammer wie die Wahnsinnigen hin und her, und dieser Lärm vermischte sich mit dem Donnern der Kanonen und dem Gepörsel der Maschinengewehre.

Plötzlich erfolgte auf dem Gefängnisthor eine betäubende Explosion, und bald darauf konnten wir uns überzeugen, daß das Gefängnis sich selber überlassen war. Die Mannschaft war geflohen. Wir fingen mit doppelter Mut an, die Türen zu zerbrechen. Jemand reißt unsere Tür von außen auf, eine hysterische Stimme schreit ununterbrochen: „Zerbrecht!“ Die wahnsinnig gewordene Menschenmenge zieht mich durch dunkle Korridore über steile Treppen. Hier ist der Gefängnisthor und endlich das Tor. Ich bin frei.

Erst am nächsten Tage kam ich richtig zu mir. Es gelang mir jedoch nicht, Atem zu schöpfen oder die Genossen in der Stadt aufzufinden, da die Weissen, wie wir auf der Straße mitgeteilt wurde, schon wieder in die Stadt eingedrungen waren und fürchterlich häuften. Die ganze Woche hindurch bauerten die Wünderungen und Gewalttätigkeiten. Die Weißgardisten, besonders die Offiziere, schienen ihre ganze Mut über die Flucht und Panik an friedlichen Einwohnern rächen zu wollen. Man fühlte aber schon deutlich den Umschwung. Die Bauernschaft wurde durch die Strafexpeditionen und die zurückgeführten Gutbesitzer aus ihrem neutralen Zuschauerleben aufgerüttelt. Zu gleicher Zeit mit Kiew wurden von den Bauern Zelenonostaw, Poltawa und eine Reihe anderer Städte befreit.

In der Front machte sich der Umschwung ebenfalls bemerkbar. Die Weißgardisten verheimlichten die erste Zeit ihre Niederlagen, mußten jedoch später manches zugeben. Es waren 5-6 Wochen vergangen, als die Geschosse wieder zu donnern anfangen. Jetzt war der Moment gekommen, wo auch unsere Organisation aktiv vorzugehen mußte. In der Stadt wurde

nicht viel anfangen, da die Arbeiter sämtlich entkoppelt und terrorisiert waren. Dafür gaben die umliegenden Dörfer reichliches Material für unsere Arbeit.

Unser Plan war, die Dörfer zu organisieren und zu bewaffnen und durch den Angriff auf die Nachhut des Gegners Panik in seinen Reihen hervorzurufen. Die Fronttruppen sollten diesen Moment zu einem Angriff auf die Stadt ausnützen. Auch wenn dieser Versuch nicht glückte, würde er doch unbedingt Verwirrung bei den Weißgardisten hervorzurufen und ihre Kräfte von der Front abziehen.

Der Plan gelang aber. An einem schönen Tage besetzten über 20 bewaffnete Dörfer, unerwartet von den Weissen, den Panzerzug mit dem Offizierpersonal, so daß jede Verbindung mit der Weißfront abgeschnitten wurde. Die Weissen zogen jedoch trotz der Verwirrung starke Kräfte heran, so daß die Bauern sich zurückziehen mußten. Sie kehrten jedoch nicht nach Hause zurück, sondern versteckten sich in den Wäldern und haben später mit der sich zurückziehenden konterrevolutionären Armee abgerechnet.

Die Weissen waren jetzt auf der Hut. Sie trümmten von den Aufständen und Verschwörungen und in der Stadt wurden zahlreiche Verhaftungen und Erschießungen vorgenommen. Es waren jedoch schon die letzten Kämpfe des tödlich verwundeten Tieres.

Die Kanonenschiffe der Sowjettruppen wurden immer deutlicher, so daß das Kampfergebnis ohne Zweifel klar war. Die Evaluation der Bourgeoisie und des Offizierstandes war in vollem Gange. Sie verließen in aller Eile die Stadt, um sich mit ihrer Beute der roten Armee zu entziehen.

Inbessen hatten wir eine provisorische Regierung, bestehend aus drei Mann, gebildet und bereiteten uns zum Empfang der Untrigen vor. Fines Tages, als das Geschützfeuer etwas stiller wurde, ging ich von einer Versammlung nach Hause. An den Haustoren konnte man schon wieder die Einwohner hören sehen, die sich mit geheimnisvollen Gesichtern etwas zu flüsteren. Man fühlte schon wieder einen Umschwung kommen. Plötzlich prasselten in der nächsten Straße Gewehr Schüsse. Wir einmal waren die Einwohner beschwunden.

Um die Ecke traten einige Militärpersonen hervor. Ich stand wie angewurzelt. Es gab keine Rettung, ich war verloren. Die Soldaten kamen immer näher auf mich zu... Jetzt ist der eine schon vor mir ... und ich sehe auf seiner Brust ein breites, langes, rotes Band! Es war die erste Salvo der Rotarmisten. Loc.

den Opportunismus geschrien. So bedeutet das nicht, daß wir die Opportunisten eine ganze Branche für den vierden Konflikt geben, sondern es ist die Aufforderung an die kommunistischen Parteien, daß sie lernen, durch eine praktische Klassenpolitik dem Opportunismus des Vorden bei dem Proletariat zu machen, um ein sie nicht in Worten, sondern durch ihre ganze Tätigkeit das Vertrauen der Massen auf ihre Kraft, auf den Kampf hin und so dem Opportunismus den Boden entziehen, der jetzt nach der Verhinderung der Arbeiterarbeitskräfte durch die wirtschaftliche Entwicklung, seinen Nährboden allein in dem mangelhaften Vertrauen zu den eigentlichen Kräften des Proletariats hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Um zu dem Punkt der deutschen Diskussion zu kommen, was hat diese Diskussion gezeigt? Erstens, daß die Partei recht gehandelt hat, als sie den Angriff der deutschen kapitalistischen Regierung auf den linken Trupp des deutschen kommunistischen Proletariats hin aufstand, um diesem Proletariat zu Hilfe zu eilen, daß die Partei in der Tat Recht hatte, daß diese Tat kein von oben kommandierter Putz war, sondern daß sie eine revolutionäre Aktion von Hunderttausenden von Parteimitgliedern war. Diese Debatte hat dann gezeigt, daß die Parteileitung bei der praktischen Durchführung dieser Klassenaktion eine Reihe von Fehlern begangen hat, und daß ein Teil der Genossen Fehler aus dieser Aktion heraus, aus der Überzeugung heraus, daß neue Kräfte kommen werden, die falsche Theorie der Verpöndung der Partei zur Offensive in der gegebenen Situation schuf.

Ich habe schon in meinem Referat gesagt, ohne Offensive, ohne Angriff auf die Bastionen des Kapitalismus können wir nicht siegen. Und eine Partei, die den Geist des Angriffs dem Kapitalismus gegenüber nicht in der Brust trägt, die nicht umhinbeißt, jedem Proletariat das Bewußtsein zu verschaffen, nur in dem direkten Kampf Brust an Brust kann das Proletariat sich befreien und es muß zu diesem Kampf gehen so schnell es nur kann, alle Kräfte anstrenge, eine solche Partei ist nicht wert, den Namen einer kommunistischen Partei zu tragen. Und hier habt ihr aus dem Munde unseres zweifellos vollkommensten Führers, Lenin, gehört, jeder, der prinzipiell die Offensive vertritt, der gehört nicht in die kommunistische Internationale. Wir haben weiter, Genossen, hier festgestellt, daß diese Theorie darum falsch war, weil sie in der gegebenen Situation die Sache nicht klar, nicht so sehr beurteilt, weil sie in der gegebenen Situation, den Ereignissen voraus, nicht imstande war, große Massen des Proletariats außerhalb der kommunistischen Partei um sich zu sammeln. Aber, Genossen, gleichzeitig haben wir in unserer Resolution, in unserer These, in unserem Vorschlag über die Märzaktion schon gesagt, die Deutsche Partei beginne selbst diese Fehler anzuerkennen. Warum sagten wir das? Um der Deutschen Partei nur den Übergang zu erleichtern? Nein, wir hatten sachliche Gründe dazu. Diese Gründe sind: Es genügt, die Resolution vom 7. Mai mit der Resolution vom 7. April zu vergleichen, die Resolution über die Märzaktion und die These, die die Partei im Zentralausschuß zum Internationalen Kongreß annahm, um sie dem Internationalen Kongreß vorzuliegen, um zu sehen, wie die Partei den wichtigsten Fehler, die Gefahr der Föderation von den Massen, zu verdecken begann: dieselbe zeigte die Broschüren Brandlers und die Briefe des zweiten Vorsitzenden der Partei, Stoeners, die er an und schrieb; wir sprachen mit einer Anzahl deutscher Genossen und wir haben, daß sie die Überzäumtheit des Kampfes einzulassen begannen.

Um in den deutschen Sinnen noch ein Wort zu sagen, so sind dort für und die Fehler nicht die Hauptfrage. Die Hauptfrage ist der Kampf. Und wenn wir die Bilanz ziehen, so müssen wir die Tatsache feststellen, die wir aus unserer Bilanz nicht hinauswerfen wollen die Tatsache, daß ein Teil der Führerschaft der Partei den Kampf direkt sabotierte. Ich nenne nur den Namen Levi, der die kämpfende Masse an die Bourgeoisie direkt verriet. Und ich stelle weiter fest, daß eine große Zahl wichtiger Genossen, die wir in der Partei haben wollen, sich mit Levi solidarisiert haben, daß diese Genossen auch jetzt den Ausschluß Levis nur als eine notwendige Tatsache ansehen, daß sie aber bisher mit keinem Worte von Levi wirklich abgeklärt sind. Und unter Verhüllung dieser Tatsache sagen wir der Deutschen Partei: Du bist gelähmt, du hast im Kampfe Fehler begangen. Darunter, daß du gelähmt bist, hast du gezeigt, daß du eine gute kommunistische Partei bist. Und den anderen deutschen Genossen sagen wir: Ihr habt nicht nur festgestellt, daß die Zeitung Fehler gemacht hat; ihr habt auch solidarisiert mit einem Mann, der in dem Moment, wo lebendiger Proletariat — ich wiederhole das, denn das ist das Entscheidende für mich — in die Gefängnisse wandern mußten, diesen Kampf als einen handbreit einiger Parteiführer und der Genossen benutzte. Und wir sagen diesen Genossen: Ihr seid uns nötig für diese Bewegung, wir wollen euch in der Bewegung haben. Eines müßt ihr aber wissen: Die kommunistische Internationale wird euch ein zweites Mal denartige Dinge nicht vergeben. (Lebhafte Beifall.) Nach einem wollen wir diesen Genossen sagen: In den Abänderungsvorschlägen der Genossen Zeffin, Kahlman, Neumann und Frank ist im Schlußsatz von der Freiheit der Kritik die Rede. Die Genossen schlagen diese Abänderungsvorschläge an Stelle jenes Textes unserer Resolution vor, wo gesagt wird: Bruch mit Levi, Zeffin in der Partei, anregende Parteimitrität in der Parteileitung und in den Organisationen. Vom Bruch mit Levi ist kein Wort in der Resolution. Von der Stellungnahme zum Ausschluß Levis ist kein Wort in der Resolution. Von dem Verbot der Mitarbeiterschaft an der Zeitschrift Levis kein Wort. Dagegen wird lautharigste Freiheit der Kritik geübt. Wir sagen euch hier klar und offen: die Freiheit ist der deutschen Parteileitung in dem Sinne gefallen, als ihr nach dem Ausschluß Levis zusammen mit Levi in der Zeitschrift „Sozialer“ Artikel schriebt. Wir haben die Deutsche Partei erwidern erwidern abgemauert, um nur auch alle diese Fragen hier vor dem Kongreß zu besprechen, damit ihr eine Stellung zu den erwiderten Abänderungen in den Vorschlägen präzisieren. Denn wir müssen, daß in der Hitze des Gedränges bei der Verurteilung des Parteizentralen manchem Genossen durch geschleht ist. Ich gehe, daß ich bezüglich der Rolle Kahlmans durch eine Schrift Vorberitz irreführend worden bin. Nein, was Sie jetzt hier mit der Freiheit der Kritik verfahren, ist ganz unzulässig. Natürlich im Rahmen nicht mehr, wenn er beabsichtigt, dann darf in der Parteipresse nicht irreführen, weil der Feind davon etwas erfahren kann. Nein, wir halten die Kritik für unsere Aktionen notwendig. Das ist eine Tatsache, die jedem Genossen klar ist, ob in einem gegebenen Fall eine öffentliche Kritik zulässig ist oder nicht. Es können auch Situationen eintreten, wo die Parteipresse sogar jetzt in eine Kritik nicht zulässig ist. Als bei der Niederlage im böhmischen Feldzug erlitten, gab es bei uns sehr heftige Meinungsverschiedenheiten, und trotzdem habe ich keine von uns darüber einen Artikel. Und diejenigen Genossen in jener Stellung, die während des Feldzuges eine kritische Haltung einnahmen — ich gehörte zu ihnen — sagen sich noch der Rechtfertigung, es ist notwendig, das Schicksal für die Geschichte, irrtümlich, daß ich im Rechte war gegen andere Genossen. Und wir konnten gut auf die öffentliche Kritik verzichten, weil wir alle die Gründe, die Ursachen für die Fehler verstanden und sie zu beseitigen konnten. Aber im großen und ganzen muß jedes Mitglied einer Partei, wenn eine von den Parteien in der Partei erwidert, das Recht erhalten, an der Überarbeitung der Linien der Partei teilzunehmen. Dieses Recht besteht auch in der öffentlichen Erklärung der Meinungsverschiedenheiten in der Partei, wenn an den Parteimitgliedern nur ein Teil der Genossen teilnimmt, und daß in den Händen eines Zentes geschieht, erwidern die übrigen Parteimitglieder nicht. Die Genossen Zeffin sagt, daß ich nicht antworten, wenn mich Kritiken fragt, wie ich nicht

zur Märzaktion stelle. Sie soll antworten: Mit Leuten, die geblieben haben, die Wandfelder Bewegung niederzuschlagen, mit solchen Leuten polemisiere ich nicht. (Lebhafte Beifall und Applaus.) Hier liegt die Grenze, die wir ziehen werden, und hier werden wir keine Zugeständnisse machen.

Genossen, wir sind jetzt dafür, daß die Deutsche Partei an die Zukunft und nicht an die Vergangenheit denkt, die Lehren der Vergangenheit wohl würdigt, allein jetzt sich für die neuen Kämpfe einstellt, die da kommen werden, ob wir wollen oder nicht. (Lebhafte Beifall.) Dazu ist es notwendig, alle Kräfte, die der Partei zur Verfügung stehen, in Bewegung zu setzen. Um das erreichen zu können, fordern wir die Auflösung jeder Sondergruppe in der Partei. Und wenn ihr müht euch, das zu Centralisieren, so sagen wir: Demagog war schon auf dem Wege dieses Zentes an die Zentrale mit dem Ausschluß. (Zustimmung.) Und wir werden diesmal der Zentrale nicht in den Arm fallen, wenn er weiter solche Dinge vorbringt. Wir werden den Genossen, die die große Mehrheit in der Partei vertreten, den Kampf mit notwendig und es ist ein Verdienst der Partei, daß sie ihn führt. Es sind auch Fehler vorgekommen, und viele Genossen sind allzu weit getrieben worden, allein jetzt steht mit der persönlichen Abrechnung, Zeffin mit der Parteileitung. Wir wissen, es haben sich opportunistische Änderungen in die Partei eingeschlichen. Wir sollen wachsam sein, was geschieht, kann man aus dem Bewußtsein der Partei nicht herausziehen. Aber es müssen jetzt alle Kräfte zum Zusammenarbeiten vereint werden, die zusammengehören, damit wir nach den Übergangsschwierigkeiten in Deutschland eine große, starke, aktive, revolutionäre agierende Partei haben. (Lebhafte Beifall und Applaus.)

Genossen, ich komme jetzt zur Frage der KAP. Ich habe schon gesagt, die KAP ist eine kleine Partei mit der Intention, eine neue Internationale zu bilden. Daß wir sie als Ergänzung behandeln sollen, steht nicht im Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Kraft, aber sie stellt eine Richtung dar, und deshalb haben wir uns mit ihr beschäftigt. Wenn hier Schwab meint, Lenin habe auch gesagt, eine reine Partei, die hundert Millionen mit sich führen, so ist darauf zu erwidern: Das kann geschehen in einem Lande, wo die Massen amorph sind, wo die Massen nicht in großen historischen Gebilden organisiert sind. Um diese zu zerstören, muß man selbst große Organisationen bilden. Und wie kann man sie bilden? Wie kann eine kleine Partei bei den Massen Vertrauen gewinnen? Nur wenn man Kämpfe um ihre unmittelbaren Lebensinteressen führt. Wenn ihr sagt, daß es Opportunismus sei, die Partei für die Lebensnotwendigkeiten einzusetzen, dann werdet ihr gewiß eine kleine Partei bleiben, aber niemals das Vertrauen größerer Massen gewinnen können.

Kampf gegen diesen Opportunismus! Kampf gegen Recht und Wahrung vor den Fehlern von links! Das ist unsere Linie, an der können wir nichts ändern. Ueber einzelne Fassungen usw. werden wir in der Kommission entsprechende Formeln suchen und finden können.

Genossen, diese Auseinandersetzungen hier auf dem Kongreß geben nicht ein volles Bild dessen, was die kommunistische Internationale darstellt. Eine Anzahl von Delegationen hat sich wenig geäußert zu diesen Dingen. Und ich persönlich und ein Teil der Genossen in der Exekutive haben das Empfinden, daß die Reden einzelner Genossen anders verstanden worden sind, als sie gehalten wurden. Wenn Leute, die selbst große revolutionäre Kämpfe hinter sich haben, hier aufstehen und vor Unüberleglichkeit, vor Fehlern von links warnen, dann muß jeder von uns verstehen, das sagen Soldaten, die sich Narben in den Schlachten geholt haben, und sie haben ein Recht zu warnen. Und wenn Opportunisten annehmen, das ist eine Warnung vor dem Kampf, so muß man ihnen sagen: Du gleichst dem Geiß, den du begreiffst, nicht mir. Die russische kommunistische Partei führt die große Verantwortung als eine Partei, die den längsten revolutionären Weg hinter sich hat. Wenn sie warnen, so warnen sie nicht, weil es ihr so gut in Russland geht, daß sie noch zwanzig Jahre warnen kann, bis ihr langjam steigt. Niemand von euch nimmt das an. Wir hätten alle Ursache, hier andere Löse anzuschlagen, denn kein Proletariat kann lange im Kampfe holiert stehen. Wenn die Exekutive euch vor Fehlern warnen, so geschieht das aus dem Gefühl der Verantwortung, daß wir die erste Strophe der Weltrevolution sind, und daß der Weltrevolution nicht gebietet wird, wenn heißes Herz sich nicht mit kühlem Kopf paart. Aus Verantwortungsgesühl der Arbeiterbewegung aller Länder gegenüber wurde hier gewarnt. Aber Genosse Bucharin hatte tausendmal recht, als er auch sagte, wer annehmen wird, daß diese Warnungsschritte bedeuten: Da kann Situationen vorübergehen lassen, die den Kampf erfordern, der würde jedenfalls von uns eine andere Sprache hören. Wenn wir euch warnen, so tun wir das als ein Vorzeichen der Weltrevolution, der weiß, daß, würden wir im Juli 1917 in den entscheidenden Kampf eingetreten sein, so würden wir geschlagen sein, aber während wir im Jahre 1917 nicht den Entschluß zum Kampfe um die Nacht gefaßt haben, die Vornehmlichen die Front verlassen, das hundertjährige Russland würde eine Separatisten abgegrenzt haben, und die historische Situation, in der das Proletariat zur Macht ergreifen konnte, wäre vielleicht für lange Jahre vorüber. Auf Grund unserer Erfahrungen rufen wir euch an, zur Stärkung der Aktionen der Partei alle Kräfte der Arbeiterklasse gibt, zum Kampfe zu lenken, aber gleichzeitig fordern wir von euch, daß ihr bedacht, der Feind ist hier er ist organisiert, er will uns schlagen, indem er unsere Unachtsamkeit ausnützt. Das ist der Sinn der Warnung der Exekutive. Nicht Eindeutigkeit der Parteien auf die lange Zeit, wo wir fast des kommunistischen Bewusstseins die Broschüren von Lenin und Trotzki lesen und erklären werden, wo wir die Möglichkeiten zum Einbau der Revolution gründen werden, damit unsere Partei dann die Revolution durchführen. Unsere Linie ist gerichtet auf die Kämpfe, die früher kommen können, als viele von uns annehmen. Aber sie bezieht sich auf den Feind und die kommunistische Internationale muß stark organisiert und klar bestimmend sein, damit die großen Kämpfe, vor denen wir stehen, genügend zu Ende geführt werden können. Genossen, in diesem Sinne ist unser Kampf gegen den Opportunismus eine Vorbedingung des Sieges. Jeden unserer Fehler müßt ihr der Genossen aus. Die Fehler, die wir im März gemacht haben, werden uns morgen helfen, besser zu liegen, aber heute müssen sie die Scheidewand sein und Krispene sein. Das ist der Grund, warum wir jetzt diesen Kampf gegen den Opportunismus. Aber wir haben gleichzeitig zu beachten, wie wir durch unseren Kampf am besten die Massen unter unsere Kräfte ziehen, und in dieser Hinsicht haben wir noch überall vieles zu tun. Ich wiederhole, die Linie ist: Die Massen erheben wir die kommunistische Internationale, die Massen in den revolutionären Kampf führen, die Massen für diesen Kampf vorbereiten und jede Situation, die erlaubt, einen Schritt vorwärts zu tun, auszunutzen, aber darauf bedacht sein, jedes Opfer, das wir vermeiden können, zu vermeiden, indem wir unseren Schlußplan dem Schlußplan der Komgenossen entgegenstellen. (Lebhafte Beifall und Applaus.)

Vorsprecher Komen: Vor der Abstimmung werden wir zwei verschiedene Erklärungen entgegenzusetzen. Genossen Zeffin hat dem Präsidium zum Zweck der Besetzung vor dem Verrum folgende Erklärung übersandt:

**Erklärung der Genossen Zeffin.**  
1. Genosse Hedert hat mich beehren, daß ich habe Donnerstag den 31. März Kenntnis von der Kritik der Genossen Zeffin, Levi, Geber usw. gehabt, in einem Massig kritisch Stellung zur Haltung der Zentrale in der Märzaktion zu nehmen. Ich habe mich, daß ich dem nicht Recht sei an

2. April bei meiner Ankunft in Berlin durch die Genossen Walcher und Gault etwas gehört habe. Des weiteren, daß ich sofort alle mir verfügbaren Mittel angewendet habe, die opponierenden Genossen von der Verpöndung des Manifestes zurückzuhalten. Gerade, weil ich die schärfste, rücksichtslose Kritik der Märzaktion und der Haltung der Zentrale als eine Lebensfrage der Partei bewertete, hielt ich den Weg dazu für ungangbar, den manche opponierenden Genossen einschlagen wollten.

2. Genosse Hedert hat ferner behauptet, mein Verhalten zur kommunistischen Partei sei von Anfang an schwankend und unsicher gewesen, ich habe mich nicht sofort bei der Gründung angeschlossen. Zu dieser Behauptung stelle ich das folgende fest: Vom Gründungsbeitrag der KAP, wurde ich überrascht, Genosse Augustin hatte mir noch kurz vorher mitgeteilt, sie, und später noch Genosse Leo Jogisches hielten an der Auffassung fest, daß wir uns erst auf dem Parteitag der U.S.P. von dieser Loslösen und als kommunistische Partei konstituieren sollten. Ein Zusammentreffen äußerer Umstände hat bewirkt, daß ich keine Nachricht von der geänderten Auffassung und dem Stattfinden des Gründungsbeitrages erhalten habe.

Kurz vor ihrer Ermordung schrieb mir Rosa, ich müde mich so ungebührlich auf mein Kommen nach Berlin und meine offizielle Beitrittserklärung zur KAP, drängen. Rosa sprach mit Leo über sie, es sei der Sache nütlicher, wenn ich bis zum Parteitag der U.S.P. dieser angehörte. Sie werde mir demnächst ausführlich über das Warum schreiben.

Die selbe Bluttat der bekehrten Mörder hat diesen Brief verhinbert. Bald darauf schrieb mir Genosse Leo, er wisse, wie peinlich mir die schlechte Situation sei. Ich müße jedoch bis zum Parteitag der U.S.P. aushalten. Erstens, als Reaktantin der Frauenbewegung der „Leibziger Volkszeitung“ sei ich ein vorgeschobener Posten im Feindesland. Zweitens, dieser Posten werde vielleicht den Vorstand der U.S.P. zu der politischen Dummheit verleiten, mich zu maßregeln. Drittens, ich dürfe die Möglichkeit nicht preisgeben, am Parteitag der U.S.P. teilzunehmen, dort von unserem Standpunkt aus Kritik an der Theorie und Praxis der Partei zu üben und dann meinen Austritt aus ihr zu erklären. Dadurch würde vielleicht ein Teil der opponierenden Linien mitgerissen und uns zugeführt werden. Er halte die Ausnutzung der vorliegenden Möglichkeit für um so wichtiger, als er nach wie vor der Meinung sei, die Gründung der KAP sei zu früh erfolgt, man hätte für sie den Parteitag der U.S.P. abwarten müssen.

Ich habe dementsprechend gehandelt. Claus Zeffin.

### Erklärung zu den russischen Thesen.

Genosse Hedert: Ich habe im Namen der deutschen, polnischen, der Mehrheit der ungarischen, der deutsch-österreichischen und der deutschen Sektion, der tschechoslowakischen Delegation, sowie im Namen der Jugenddelegation folgende Erklärung abzugeben:

„Die unterzeichneten Delegationen erklären, daß sie die von der russischen Delegation vorgeschlagenen russischen Thesen im Prinzip annehmen, daß sie aber ausdrücklich Vorbehalt machen in bezug auf die Auslegung, die diese Thesen in der Rede Trotzki erfahren haben.“

- Für K.P. Volens: Brandt.
- U.S.P. Deutschlands: Thalheimer.
- Jugendinternationale: Keller.
- Die Majorität der ungarischen Delegationsmitglieder: Adam.
- Deutschösterreich: Kreibitz.
- Deutschösterreich: Koritschener.

## Aus der Partei

### Die Aufgaben des Parteitag.

Der „Niederösterreichischen Arbeiterzeitung“ (Kriegs) 18. März 1919. Die Aufgaben des Parteitag.

„Wenn der dritte Weltkongreß der kommunistischen Internationale erneut die Fragen des internationalen Befreiungskampfes in Thesen behandelt und damit Ziel und Weg gewiesen hat, so hat er dabei gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß bei der Lösung dieser Fragen der deutschen kommunistischen Partei die wichtigsten Aufgaben zufallen. Das äußert sich in dem Befehl, daß die deutsche Arbeiterpartei den Fortschritt der Weltrevolution sichern und weiterantern wird. Wie weit dabei die Thesen des dritten Weltkongresses einer Kritik unterzogen werden müssen, wo es sich besonders für die KAP, um die Bindung der „Staken“ und der „Zentralen“ handelt, wird erst dann möglich sein, wenn die Thesen im angenommenen Text vorliegen. Aber gerade weil schon heute von den Leuten, die sich bei der Märzaktion um Levi gruppierten, erklärt wird, daß der dritte Weltkongreß ihre Auffassung in bezug auf die Aktivität befähigt habe, wird der Parteitag besonders betonen müssen, welche Wege die Partei weiter gehen will.“

Die „Niederösterreichische Arbeiterzeitung“ betont sodann angedeutet der besonderen Verschärfung der Klassengefühle die Notwendigkeit der „Schaffung einer einheitlichen Linie“. Sie verlangt sodann, daß von den Genossen um Levi und Clara Zeffin die Erklärung abgegeben werden solle, „ob sie sich für die Propaganda- und Sammlungsarbeit, und damit auf das Klarieren auf den großen Schlag einstellen wollen, den einmal die Reaktion führen soll (zweite Kampfbuch) oder für den aktiven Kampf, selbst auf die Gefahr, daß dieser gegen den Willen von Teilen der proletarischen Massen sich entwickle, entscheiden wollen.“ Zum Schluß verlangt unser Bruderblatt die Liquidierung der Reichsgelehrtenzentrale, weil sie die „Möglichkeit zur Umgehung der „unangenehmen Parteitagbeschlüsse“ schafft.“

### Der Bezirksparteitag für den Bezirk Mecklenburg-Lübeck.

Auf dem Bezirksparteitag für Mecklenburg-Lübeck, der Sonntag, den 7. August, in Güstrow tagte, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Bezirksparteitag der KAP, Bezirk Mecklenburg-Lübeck stellt sich hinter den erneuten Versuch zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront, den die Parteileitung durch die Ende Juni erfolgte Herausgabe des Offenen Briefes an die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Spitzenorganisationen der anderen proletarischen Organisationen einleitete. Er beurteilt die Sabotage der Forderungen und begründet die lebhafteste Zustimmung der proletarischen Massen Mecklenburgs zu dem Versuch der KAP, der Front des Bürgerturns die Front der einzelnen Arbeiter entgegenzusetzen.

Der Bezirksparteitag stellt fest, daß die ablehnende Haltung der Gewerkschafts- und Parteibürokratie sich wiederholt hat in deren Stellungnahme zur Landarbeiterbewegung. Er begrüßt das selbständige Vorgehen der Landarbeiter, die entgegen dem Schauer zwischen der D.S.P.-Zeitung und dem Landbau den Kampf nunmehr aufgenommen haben, indem sie namentlich die Landarbeiter zum Generalstreik für ganz Mecklenburg aufrufen.“